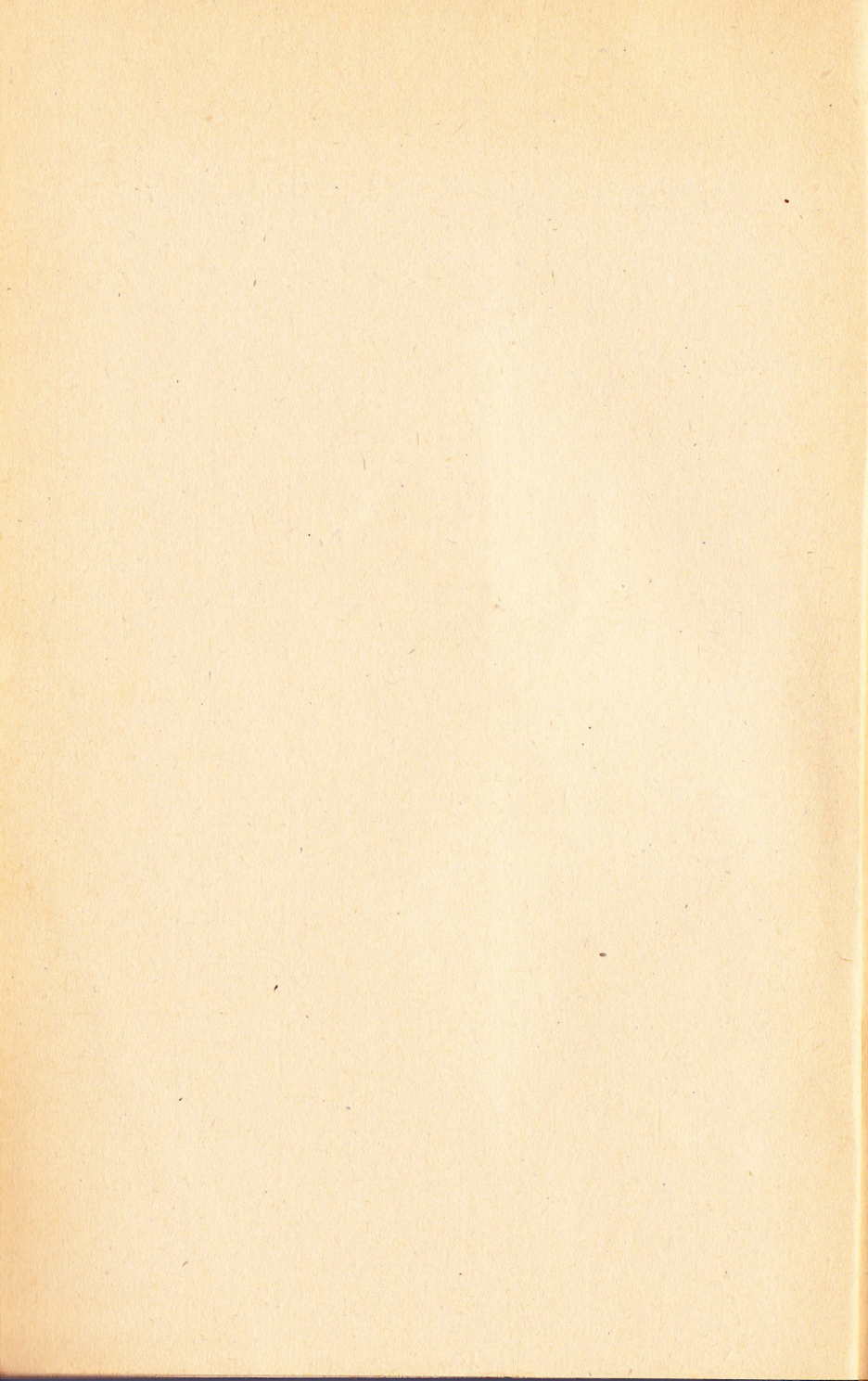


Heinz Schröder

DAS
ENDE
DER
DOLCHSTOSS
LEGERDE

Bei
hammerich & Lesser
in Hamburg





Heinz Schröder

DAS ENDE
DER DOLCHSTOSSLEGENDE

Geschichtliche Erkenntnis und politische Verantwortung

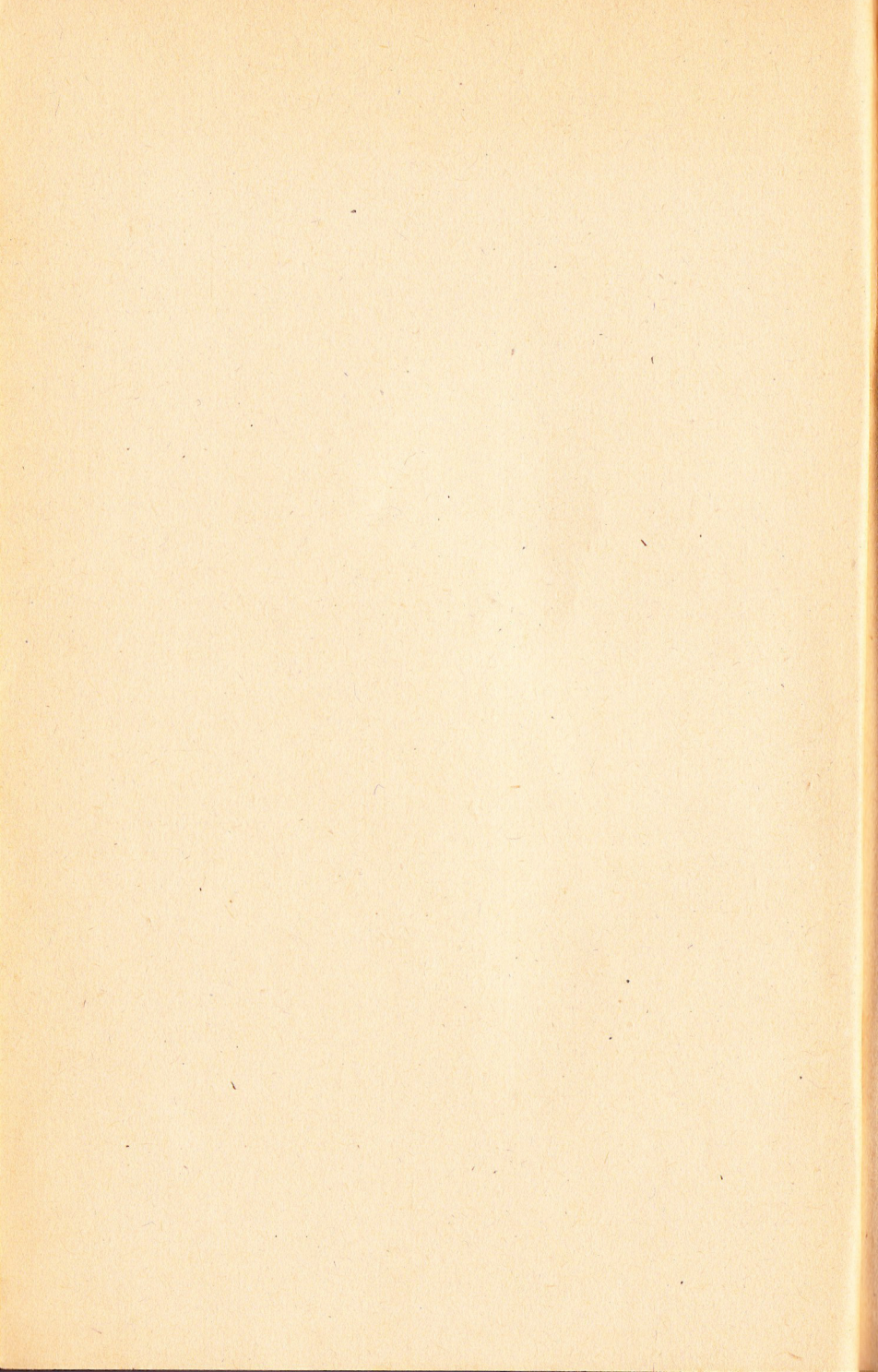
BEI
HAMMERICH & LESSER
IN HAMBURG

Einbandentwurf Friedrich Schreck, Hamburg

*Alle Rechte vorbehalten
Copyright 1946 by Hammerich & Lesser in Hamburg
Lühmann Druck Harburg
Printed in Germany*

Dem
Andenken
ADOLF KÖSTERS,

der als einer der ersten den Kampf gegen die Dolchstoßlegende aufnahm mit seiner Schrift „Fort mit der Dolchstoßlegende“, in deren Vorwort er 1922 schrieb: „Solange noch große Teile unseres Volkes glauben, daß wir nur deshalb nicht weiterkämpften, weil Verschwörer, Schlappmacher und Phantasten uns daran gehindert haben, solange wird aus diesem Volk keine Nation. In Deutschland wächst ein neues Nationalbewußtsein auf. Es wird demokratisch sein oder es wird nicht sein. Wenn es sich aus der Dolchstoßlegende nährt, wird es keine Dauer haben.“



Das Ende des ersten Weltkrieges

Hindenburg fordert Friedensangebot

Als am 3. Oktober 1918 der neuernannte Reichskanzler Prinz Max von Baden in der Reichskanzlei seine Amtsgeschäfte übernahm, wurde ihm als erstes Schriftstück ein Schreiben der Obersten Heeresleitung aus dem Großen Hauptquartier überreicht, das folgenden Wortlaut hatte:

„An den Herrn Reichskanzler!

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, dem 29. 9. gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebots an unsere Feinde bestehen.

Infolge des Zusammenbruchs der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Der Gegner seinerseits führt ständig neue frische Reserven in die Schlacht.

Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu sparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben.

v o n H i n d e n b u r g

Generalfeldmarschall."

Es gibt wenige historische Dokumente, die in so deutlicher Sprache Zeugnis ablegen von der klaren Erkenntnis einer geschichtlichen Situation und von dem tiefen Verantwortungsbewußtsein der in dieser Situation verantwortlichen Männer. Und deshalb liegt es nahe, heute — in einer Situation, in der das deutsche Volk zum zweitenmal in einem Menschenalter einen Krieg gegen die Welt verloren hat, und in der sich uns täglich die Frage aufdrängt: Wie war das möglich? Wie war es vor allem möglich, daß dieser Krieg, nachdem er für jeden, der eine klare Erkenntnis der Lage besaß, längst verloren war, weitergeführt werden konnte bis zur völligen Vernichtung und Zerstörung der deutschen Wehrmacht und des deutschen Volkes? — die Erinnerung wachzurufen an jene September- und Oktobertage des Jahres 1918, die so viele von uns über der Fülle der Erlebnisse schon wieder vergessen haben, Tage, die auch im geschichtlichen Bewußtsein des deutschen Volkes nie so recht lebendig gewesen sind, weil sie verdrängt wurden von den folgenden Novembertagen — jene September- und Oktobertage, in denen die damals verantwortlichen Männer in der kla-

ren Erkenntnis, daß der Krieg verloren, daß deshalb jedes Weiterkämpfen sinnlos sei, und im vollen Verantwortungsgefühl gegenüber der Zukunft unseres Volkes den Beschluß faßten, den Krieg abzubrechen, bevor er die deutsche Heimat erreichte, bevor die deutsche Heimat selbst Kriegsschauplatz wurde.

Die Erkenntnis der Niederlage

Wie war es zu dieser Erkenntnis der verantwortlichen Männer gekommen?

Als mit dem Ausgang der Marneschlacht im September 1914 der Schlieffensche Kriegsplan gescheitert war, als es nicht gelungen war, Frankreich im ersten Anlauf zu überrennen und die französischen Armeen vernichtend zu schlagen, begann jener Stellungskrieg, der die deutschen Armeen im Westen und später auch im Osten in die Defensive zwang, ein Stellungskrieg, der dann auch weder durch den deutschen Angriff auf Verdun noch durch die feindliche Offensive an der Somme wieder zum Bewegungskrieg wurde, der aber in Verbindung mit der Blockade zu einer immer größer werdenden Ermattung und Erschöpfung des deutschen Volkes führte.

Als Deutschland dann durch die russische Revolution im Jahre 1917 Rückenfreiheit im Osten erhielt, wurde diese Entlastung wieder illusorisch gemacht durch den Eintritt Amerikas in den Krieg infolge der Erklärung des unbeschränkten U-Boot-Krieges. Als

dieser U-Boot-Krieg die Hoffnungen nicht erfüllte, die man auf ihn gesetzt hatte, und als die Blockade zu einer Hungersnot in Deutschland zu führen drohte, glaubte die Oberste Heeresleitung im Frühjahr 1918 durch eine große Offensive im Westen doch noch die militärische Entscheidung herbeiführen zu können, bevor die amerikanischen Armeen in größerer Stärke in Europa einträfen. Diese Offensive mißlang, sie brachte zwar taktisch große Erfolge, erreichte aber ihr strategisches Ziel, die Durchbrechung der feindlichen Front, nicht; im Gegenteil, sie schuf durch Schaffung einer denkbar ungünstigen neuen Frontlinie die Voraussetzungen für den späteren erfolgreichen Angriff der Alliierten. Mit den Niederlagen am 18. Juli im Marnebogen und am 8. August nördlich davon begann der deutsche Rückzug, der in wenigen Wochen zu ungeheuren Verlusten führte. Allein an Gefangenen verlor die deutsche Armee in kurzer Zeit 360 000 Mann; dazu kam fast das Doppelte an Toten und Verwundeten. Demgegenüber verstärkte sich die feindliche Front täglich durch den Zustrom von amerikanischen Truppen. Während im März nur fünf amerikanische Divisionen in Frankreich standen, betrug die Zahl der amerikanischen Soldaten im August bereits 1 400 000 Mann und Anfang November über 2 000 000 Mann. Auf der deutschen Seite war nach Angabe des Generals von Kuhl die Kampfstärke des Bataillons von 1000 auf 140 Mann gesunken, die Division zählte nur noch 700 bis 1000 Gewehre. Die Zahl der amerikanischen Flugzeuge

war von 200 im April 1917 auf 10 000 im November 1918 gestiegen. Den Tausenden von feindlichen Panzern hätte Deutschland nur 15 eigene und 75 Beutepanzer entgegensetzen.

Der Kaiser: „Der Krieg muß beendet werden“

Bereits nach der Niederlage am 8. August war es Ludendorff klar, daß es nicht mehr möglich sein werde, den Feind entscheidend zu besiegen und dadurch zum Frieden zu nötigen. In dem Kriegsrat zu Avesnes am 14. August 1918 scheuten sich die Feldherren noch, diese Erkenntnis offen auszusprechen. Es war der Kaiser, der als erster dieser Erkenntnis Ausdruck gab: „Ich sehe ein, wir müssen die Bilanz ziehen. Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden.“ Diese Worte berichtet Oberstleutnant Niemann, der persönliche Adjutant des Kaisers, der an diesen Verhandlungen teilnahm, in seinem Buch „Revolution von oben, Umsturz von unten“ und fährt dann fort: „Schwer fielen die Worte in die stickige Schwüle des kleinen Gemaches. Man hörte das schwere Atmen der verantwortungsbeschwerten Männer, die vergeblich suchten, das kritische Erkennen mit ihren widerstreitenden Gefühlen in Einklang zu bringen; man sah gefurchte Stirnen, zerrende Zähne an trockenen Lippen, zu Boden starrende Augen. Kein Wort wurde gesprochen. Der Bann der Ungewißheit war also nun-

mehr gebrochen. Die unerbittliche Folgerung aus der Lage, die zu formulieren und anzusprechen die beiden Feldherren sich scheuten, hatte der Kaiser als erster und einziger gezogen."

Ludendorff: „Der Krieg ist verloren"

Als dann mit dem Zusammenbruch der bulgarischen Armee und der Kapitulation der bulgarischen Regierung im September die Front auf dem Balkan zu wanken begann, als die deutsche Stellung in der Türkei zusammenbrach und Rumänien verlorenging und mit dem Verlust der Ölquellen die auf dieses Öl angewiesene motorisierte Kriegsführung (Fliegerei, U-Boot-Krieg) zum Erliegen zu kommen drohte, als die Front im Westen immer weiter zurückgedrückt wurde, da kam die Oberste Heeresleitung endgültig zu der Erkenntnis, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen, daß er verloren war. Ludendorff selbst berichtet in seinen Erinnerungen über die entscheidende Besprechung mit Hindenburg am 28. 9. 1918, 18 Uhr:

„Jetzt war der Krieg verloren, daran war nichts mehr zu ändern. Ich legte dem Generalfeldmarschall meine Gedanken über ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot vor und sagte ihm, die Lage könne sich durch die Vorgänge auf dem Balkan nur noch verschlechtern, auch wenn wir uns an der Westfront hielten. Wir hätten jetzt die eine Aufgabe, ohne Verzug klar und bestimmt zu handeln. Der Generalfeld-

marshall hörte mich bewegt an. Er antwortete mir, er habe mir am Abend das gleiche sagen wollen, auch er habe sich die Lage dauernd durch den Kopf gehen lassen und halte den Schritt für notwendig. Der Generalfeldmarschall und ich trennten uns durch festen Händedruck, wie Männer, die Liebes zu Grabe getragen haben und die nicht nur in guten, sondern auch in den schwersten Stunden des menschlichen Lebens zusammenstehen wollen. Unsere Namen waren mit den größten Siegen des Weltkrieges verknüpft, jetzt waren wir uns in der Auffassung einig, daß es unsere Pflicht sei, unsere Namen für diesen Schritt herzugeben, den zu vermeiden wir alles Erdenkliche getan hatten."

Kronprinz Rupprecht:

„Die entscheidende Niederlage“

Kronprinz Rupprecht von Bayern, der seit Kriegsbeginn eine Heeresgruppe im Westen führte, schrieb am 30. September in sein Tagebuch: „Was ich schon längst befürchtet habe, ist nun früher eingetreten, als ich erwartete, die entscheidende Niederlage. Die Truppen haben keine Widerstandskraft mehr. Sie sind ermüdet und der feindlichen Übermacht nicht mehr gewachsen. Wir müssen auf das Allerschlimmste gefaßt sein. Es ist unbedingt nötig, sofort und um jeden Preis Frieden zu schließen; denn wir sind so gut wie wehrlos.“

Oberste Heeresleitung vor dem Reichstag:

„Fortsetzung des Krieges aussichtslos“

General Ludendorff schickte zur Orientierung der Regierung und der Parlamentarier den Major Freiherrn von dem Bussche nach Berlin, wo er am 2. Oktober 1918 vor den Parteiführern des Reichstages u. a. folgendes ausführte:

„Unsere Truppen haben sich vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Die feindliche Übermacht hat die Truppe nicht erschreckt. Offiziere und Mannschaften wetten miteinander.

Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entscheidend für diesen Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen:

1. Die Tanks (Panzer). Der Gegner setzt sie in unerwartet großen Mengen ein. Ihm gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage.

2. Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden. Die Verluste der im Gang befindlichen Schlacht sind über Erwarten groß. Bis jetzt reichten unsere Reserven aus, um die Lücken zu füllen. Nun gehen sie zu Ende. Die Einstellung des Jahrgangs 1900 würde freilich die

Bataillonsstärke einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Aber dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht. Wir können den Krieg noch auf absehbare Zeit fortführen, — gewinnen können wir damit nicht mehr.

Diese Erkenntnisse ließen in dem Herrn Generalfeldmarschall und in Ludendorff den Entschluß reifen, S. M. dem Kaiser vorzuschlagen, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke weitere Opfer zu ersparen.

Ebenso wie unsere große Offensive am 15. Juli sofort eingestellt wurde, als ihre Fortführung nicht mehr im Verhältnis zu den zu bringenden Opfern stand, ebenso mußte jetzt der Entschluß gefaßt werden, die Fortsetzung des Krieges als aussichtslos aufzugeben.“

Ludendorff: „Friedensangebot sofort“

Diese Erkenntnisse also waren es, die die Oberste Heeresleitung am 29. September — d. h. sechs Wochen vor dem 9. November — veranlaßten, ein sofortiges Friedensangebot von der Regierung zu fordern. Diese Forderung wurde infolge der immer kritischer werdenden militärischen Lage in einer so dringenden Form nach Berlin gerichtet, daß sie ultimativen Charakter annahm. So heißt es in einem Telegramm des Freiherrn von Lersner, des Vertreters des Auswärtigen Amts im großen Hauptquartier, vom 1. Oktober 1918: „General Ludendorff bat mich soeben,

Eurer Exz. seine dringende Bitte zu übermitteln, daß unser Friedensangebot sofort hinausgeht. Heute halte die Truppe noch, was morgen geschehen könne, sei nicht vorausszusehen."

Ähnliche Telegramme folgten fast stündlich. Am 2. Oktober telegraphierte Freiherr von Lersner: „General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot sofort nach Washington gehen müsse. 48 Stunden könne die Armeen nicht mehr warten. Er bäte dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf aller-schnellste Weise durchkäme." Und alle diese Forderungen werden dann noch einmal zusammengefaßt und präzise formuliert in jenem eingangs zitierten Schreiben vom 3. Oktober, das nach den amtlichen Urkunden die Antwort der Obersten Heeresleitung war auf die Frage des Prinzen Max von Baden: „Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand und Friede eingeleitet werden muß?", in jenem Schreiben, in dem es hieß: „Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben."

Ich sagte: Dies ist ein Dokument, das Zeugnis ablegt von der klaren Erkenntnis der damaligen geschichtlichen Situation — der Krieg war verloren — und von dem Verantwortungsgefühl der damals verantwortlichen Männer — jedes weitere Opfer war nicht mehr zu verantworten.

Das Ende des zweiten Weltkrieges

*„Ich höre grundsätzlich immer erst
5 Minuten nach zwölf auf“*

(Adolf Hitler 8. 11. 1941)

Wenn ich mir nun zur Aufgabe hätte machen wollen, den Ausgang des zweiten Weltkrieges von demselben Gesichtspunkt aus zu betrachten, d. h. also festzustellen, wie es bei den verantwortlichen Männern in Deutschland diesmal, als wiederum ein Krieg Deutschlands gegen die Welt verloren ging, um die geschichtliche Erkenntnis und die politische Verantwortung stand, so könnte ich jetzt meine Ausführungen beenden. Denn das lebt alles noch so frisch in unserem Gedächtnis, da sprechen die harten Tatsachen der Wirklichkeit täglich zu uns eine so deutliche Sprache, daß wohl kaum etwas dazu gesagt zu werden brauchte.

Ich möchte aber doch als Parallele zu dem Dokument vom 3. Oktober 1918 die Verlautbarung zitieren, mit der am 7. Mai 1945 die letzte deutsche Regierung, soweit man sie an jenem Tage noch als eine solche bezeichnen konnte, über den Sender Flensburg vor dem deutschen Volke die Einstellung der Feindseligkeiten begründete. Es hieß da: „Aus dem Zusammenbruch aller physischen und materiellen Kräfte mußte die deutsche Regierung die Folgerung ziehen und den Gegner um Einstellung der Feindseligkeiten ersuchen. Eine Regierung, die verantwortlich ist für die

Zukunft ihres Volkes, muß zur Vermeidung weiteren Blutvergießens und der völligen Zerstörung des Landes die Feindseligkeiten einstellen."

In diesem Dokument klingt das Wort „verantwortlich“ wie bitterer Hohn. Denn den völligen Zusammenbruch aller physischen und materiellen Kräfte, von dem hier die Rede ist, hatte ja die Regierung selbst verschuldet, weil sie verantwortungslos die Feindseligkeiten nicht eingestellt hatte, als der Krieg schon längst verloren war, sondern weil sie sinnlos und gewissenlos weiteres Blutvergießen, ja die Zerstörung des eigenen Landes selbst befohlen hatte.

Die Erkenntnis der Niederlage

Ob der deutschen Regierung und dem deutschen Oberkommando auch die Erkenntnis von dem Verlust dieses Krieges erst in diesem Augenblick gekommen ist, das wissen wir nicht. Wenn das der Fall war, dann war diesen Männern im OKW und an der Spitze des Reiches der einfache Mann auf der Straße an klarer Erkenntnis der geschichtlichen Situation weit überlegen. Denn der hatte es schon seit Monaten, wenn nicht seit Jahren begriffen und gefühlt, daß dieser Krieg nicht mehr zu gewinnen war.

Rundstedt: „Nach Stalingrad war der Krieg nicht mehr zu gewinnen“

Wenn aber, was anzunehmen ist und was durch die seit dem Ende des Krieges bekanntgewordenen Tatsachen und vor allem durch die Aussagen im Nürnberger Prozeß bestätigt wird, die verantwortlichen Männer des Dritten Reiches die Erkenntnis von der Aussichtslosigkeit des Krieges doch schon längere Zeit gehabt haben sollten — so sagte Generalfeldmarschall von Rundstedt in Nürnberg, nach Stalingrad sei der Krieg nicht mehr zu gewinnen, nach der Landung in der Normandie sei er verloren gewesen — dann trifft sie der schwere Vorwurf, daß sie nicht das Verantwortungsgefühl und den Mut aufbrachten, diese Erkenntnis ihrem obersten Vorgesetzten zum Ausdruck zu bringen.

Jodl: „Gehorsam ist das ethische Fundament des Soldatentums“

Wenn sie aber auch diesen Mut aufgebracht haben wollen, wie der Chef des Wehrmachtführungsstabes, Generaloberst Jodl, im Zeugenstand im Nürnberger Prozeß behauptete, wenn seine Aussage richtig ist, daß Generalfeldmarschall Rommel schon im Juli 1944 Hitler gefragt hat: „Mein Führer, wie stellen Sie sich überhaupt den Weitergang des Krieges vor?“, wenn es wahr ist, was Jodl unter Eid aussagte, daß es im Führer-

hauptquartier nicht einen einzigen General gegeben habe, der Hitler nicht gesagt habe, daß der Krieg aussichtslos sei, dann ist es die ungeheure, nie zu tilgende Schuld dieser Generale, daß sie ihrem Führer, der trotz der völligen Aussichtslosigkeit den Krieg fortsetzte, nicht den Gehorsam aufkündigten, sondern bewußt weiter mithalfen, ihr Volk in den Untergang zu führen. Mochte dieser Führer, der es in seiner militärischen Laufbahn selbst nur bis zum Gefreiten gebracht hatte und der nach den Worten seines Generalstabschefs Halder kaum die militärischen Fähigkeiten eines Korporals hatte, dem Generalfeldmarschall Rommel auf seine Frage nach der Weiterführung des Krieges antworten: „Das ist eine Frage, die nicht zu Ihren Obliegenheiten gehört, das lassen Sie nur meine Sache sein!“ — mochte er dem Generalfeldmarschall Keitel erklären: „Ich habe es ja nur mit Strohköpfen zu tun“ — mochte er zu Jodl sagen: „Ich kann nicht verlangen, daß meine Generale meine Befehle verstehen, ich kann aber verlangen, daß sie sie befolgen“ — mochte er die Generale in dieser verletzenden Form beleidigen und den persönlichen Verkehr mit ihnen abbrechen — sie schlugen die Hacken zusammen und führten seine wahnsinnigen und völkerrechtswidrigen Befehle aus. Auf die Frage des Anklägers, wie sie es verantworten konnten, einem solchen Führer weiter zu gehorchen, antwortete Jodl: „Wir waren Soldaten, und Gehorsam ist das ethische Fundament des Soldatentums.“

*Hitler: „Gehorsam gegenüber Lumpen ist
Wahnwitz“*

Dabei hätten die Generale von demselben Führer, dem sie glaubten gehorsam sein zu müssen, erfahren können, daß der Gehorsam in solcher Lage ein Verbrechen sei. Sie hätten nur sein Buch aufzuschlagen brauchen, wo er auf Seite 593 geschrieben hatte: „In einer Stunde, da ein Volkskörper sichtlich zusammenbricht und allem Augenscheine nach der schwersten Bedrückung ausgeliefert wird, dank des Handelns einiger Lumpen, bedeuten Gehorsam und Pflichterfüllung diesen gegenüber doktrinären Formalismus, ja reinen Wahnwitz, wenn andererseits durch Verweigerung von Gehorsam und Pflichterfüllung die Errettung eines Volkes vor seinem Untergang ermöglicht würde. Nach nationalsozialistischer Auffassung tritt aber in solchen Augenblicken nicht der Gehorsam gegenüber schwachen Vorgesetzten in Kraft, sondern der Gehorsam gegenüber der Volksgemeinschaft. Es tritt in einer solchen Stunde die Pflicht der persönlichen Verantwortung einer ganzen Nation gegenüber in Erscheinung.“

Als aber am 20. Juli 1944 einige Generale wirklich diesen Mut der persönlichen Verantwortung fanden, da fielen ihnen die andern, die Keitel, Jodl, Rundstedt usw., in den Rücken, ächteten sie und übergaben sie dem Henker und führten das eigene Volk in den

Untergang und in die größte Katastrophe seiner Geschichte.

Die „nationale Ehre“

Zur Rechtfertigung dieser Haltung pflegten sich die nationalsozialistischen Wortführer in Kundgebungen, Reden und Aufsätzen gern zu berufen auf die nationale Ehre, die ein Weiterkämpfen verlange. Die Ehre, hieß es, verbiete es, jemals zu kapitulieren. So hatte auch Hitler seit 1933 kaum eine Rede gehalten, die nicht gegipfelt hatte in dem Bekenntnis: Wir werden niemals kapitulieren. Es wurden dann mit Vorliebe Friedrich der Große und Bismarck als Repräsentanten dieser Ehre beschworen.

Als Bismarck im preußischen Landtag 1850 den Vertrag von Olmütz verteidigte und als er sich mit den Einwänden der militärisch denkenden Kreise auseinandersetzte, die von der „Schmach von Olmütz“ sprachen und erklärten, die Annahme dieses Vertrages verstoße gegen die Ehre Preußens, da sagte er, der wußte, daß die Ablehnung dieses Vertrages den Krieg Preußens gegen ganz Europa bedeuten würde: „Ich habe kein Verständnis für eine Ehre, die da anfängt, wo der gesunde Menschenverstand aufhört.“

Als im Laufe der Verhandlungen im Oktober 1918 Hindenburg erklärte, die nationale Ehre verlange, daß man bis zum letzten Mann kämpfe, falls die Feinde schärfere Bedingungen stellten, erwiderte ihm der da-

malige Staatssekretär Graf Rödern, das sei der Standpunkt des Feldherrn, aber nicht des Staatsmannes. Bis zum letzten Mann könne wohl ein Bataillon auf vorgeschobenem Posten kämpfen, nicht aber ein Volk von 65 000 000 Einwohnern, auch wohl kein Millionenheer.

Clausewitz, auf den man sich immer so gern berief, schreibt über die Fortsetzung des Widerstandes in aussichtsloser Lage: „Wie hoch auch der Wert des Mutes und der Standhaftigkeit im Kriege veranschlagt werden mag, so gibt es doch einen Punkt, über den hinaus das Verharren im Krieg nur eine verzweiflungsvolle Torheit genannt und also von keiner Kritik gebilligt werden kann.“

Hitler: „Verantwortungsloser Wahnsinn“

Und Hitler selbst, der ja mitunter dann die richtige Erkenntnis hatte, wenn seine Gegner nicht so handelten, wie er es gern wollte, sagte am 6. 10. 1939 in seiner Reichstagsrede nach dem Feldzug gegen Polen über den polnischen Widerstand in Warschau:

„Ich habe mich der Hoffnung hingegeben, es könnte auch auf der polnischen Seite wenigstens einmal die verantwortungsbewußte Vernunft statt dem verantwortungslosen Wahnsinn siegen. Der Versuch, die verantwortliche polnische Truppenführung von der Zwecklosigkeit, ja dem Wahnsinn eines Widerstandes gerade in einer Millionen-

stadt, wie es Warschau ist, zu überzeugen, schlug fehl. Der Generalissimus zwang der Hauptstadt seines Landes einen Widerstand auf, der höchstens zu ihrer Vernichtung führen mußte. In gewissenloser Weise hat man hier eine große Stadt der Zerstörung preisgegeben."

Wo könnte wohl die Zerstörung der noch größeren Millionenstadt Berlin 5½ Jahre später eine schärfere Verurteilung finden als in diesen Worten des Mannes, der im April 1945 in demselben verantwortungslosen Wahnsinn die deutsche Hauptstadt derselben sinnlosen Zerstörung preisgab!

Hitler: „Pflichtvergessenes Verbrechen“

Ähnlich hatte Hitler in „Mein Kampf“, Seite 693, geschrieben: „Eine Diplomatie hat dafür zu sorgen, daß ein Volk nicht heroisch zugrunde geht, sondern praktisch erhalten wird. Jeder Weg, der hierzu führt, ist zweckmäßig; und sein Nichtbegehen muß als pflichtvergessenes Verbrechen bezeichnet werden.“

Mit diesen seinen eigenen Worten hat Hitler die Frage nach der politischen Verantwortung des Führers des Dritten Reiches und seiner Regierung besser beantwortet, als es irgendein anderer tun könnte.

Die Entstehung der Dolchstoßlegende

Bei der Betrachtung der beiden Weltkriege drängt sich uns nun aber eine andere Frage auf, die viel

wichtiger ist, eine Frage, die vor allem spätere Geschlechter immer wieder stellen werden und die in einigen Jahren auch die reifere Jugend an uns stellen wird, wenn sie durch die richtigen geschichtlichen Kenntnisse auch zur rechten Erkenntnis vor allem über den Ausgang des ersten Weltkrieges gekommen sein wird, die Frage nämlich: Wenn das deutsche Volk am Ende des ersten Weltkrieges zu der Erkenntnis gekommen war, daß es der Übermacht der großen Weltmächte, vor allem der angelsächsischen Mächte, erlegen war, daß also Deutschland allein einen Krieg gegen diese Mächte trotz allen Heldenmuts seiner Soldaten niemals gewinnen könne, wie war es dann möglich, daß dasselbe Deutschland, ja dieselbe Generation deutscher Menschen gegen dieselbe Welt denselben Krieg noch einmal begann, um dieselbe Erfahrung seiner Unterlegenheit auch noch einmal, nur in einer viel schmerzlicheren Weise, zu machen?

Wie war es möglich, daß der führende Staatsmann in Deutschland, der den Rückzug und den Zusammenbruch 1918 selbst miterlebt hatte, zwanzig Jahre später in einer Polemik gegen seine Vorgänger in der Weimarer Republik sich laut brüsten konnte, die Welt zu diesem zweiten Waffengang selbst herausgefordert zu haben, als er nämlich ausrief: „Glaubt man, daß etwa Stresemann oder Marx oder irgendein anderer dieser Herren, Wirth, Bauer, Ebert, Scheidemann usw., der Welt den Krieg erklärt haben würde?“ (30. 1. 1942.)

Wo war die historische Erkenntnis geblieben, die im Oktober 1918 zum deutschen Friedensangebot führte? War die Erkenntnis von den wahren Ursachen dieses Zusammenbruchs verlorengegangen?

Ja, großen Teilen des deutschen Volkes war sie verlorengegangen, und zwar nicht nur verlorengegangen und aus dem Gedächtnis geschwunden, sondern sie war planmäßig und bewußt durch eine jahrelange systematische Propaganda verantwortungsloser Kreise aus dem Bewußtsein des deutschen Volkes verdrängt worden, und sie war ersetzt worden durch die falsche verlogene Behauptung, Deutschland sei in Wirklichkeit garnicht besiegt, sondern sei selbst der eigentliche Sieger gewesen; der Sieg sei ihm nur durch den Verrat und den „Dolchstoß“ der „Novemberverbrecher“ gestohlen worden.

Wie war das möglich? Wie war es möglich, daß eine solche Behauptung aufgestellt werden, wie war es möglich, daß sie Glauben finden konnte? Mit dieser Frage rühren wir an eins der wichtigsten Kapitel der Vorgeschichte des letzten Krieges, insbesondere an das seiner ideologischen Vorbereitung.

*Prinz Max lehnt Ludendorffs Waffenstillstands-
forderung ab*

Als die Oberste Heeresleitung im September 1918 ihre drängende Forderung auf Beendigung des Krieges stellte, da geschah das Unerwartete, heute längst Ver-

gessene, daß der neue Kanzler und seine aus den friedensfreundlichen Linksparteien zusammengesetzte Regierung sich weigerten, ja sich mit Händen und Füßen dagegen sträubten, ein solches Friedensangebot an die Feinde zu richten. Lüdenborff selbst war es ja gerade gewesen — auch das ist heute vergessen —, der vom Kaiser die Bildung eines solchen Kabinetts verlangt hatte. Und ausgerechnet diese Männer, von denen er geglaubt hatte, sie würden aus ihrer friedensfreundlichen Haltung heraus sein Angebot begrüßen, versagten sich ihm, weil sie die bessere Erkenntnis und das höhere Verantwortungsgefühl hatten.

Prinz Max von Baden berichtet selber darüber: „Meine Friedenspolitik wurde entscheidend gestört durch das Waffenstillstandsangebot, das mir fertig vorgelegt wurde, als ich in Berlin eintraf. Ich habe es bekämpft aus Gründen der praktischen Politik. Es schien mir ein schwerer Fehler, den ersten Friedensschritt der neuen Regierung durch ein so überraschendes Eingeständnis deutscher Schwäche zu begleiten. Weder das eigene Volk noch das feindliche Ausland schätzte unsere militärische Lage damals so ein, daß ein derartiger Verzweiflungsschritt notwendig wäre.

Ich machte den Gegenvorschlag, die Regierung sollte als ihre erste Handlung ein detailliertes Kriegszielprogramm aufstellen, das vor aller Welt unsere Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson deutlich machte.

Die militärischen Autoritäten erwiderten mir darauf, auf die Wirkung einer solchen Kundgebung könne nicht mehr gewartet werden, die Lage der Front erfordere binnen 24 Stunden ein Waffenstillstandsangebot. Wenn ich es nicht abgäbe, so müßte es die alte Regierung herausbringen. Darauf entschloß ich mich, die neue Regierung zu bilden und das nunmehr unvermeidlich gewordene Waffenstillstandsangebot mit den Namen der neuen, unbelasteten Regierung zu unterstützen."

Die Verantwortung des Kanzlers

Weil Prinz Max von Baden Politiker war — und wie Bismarck einmal sagte, liegt die Aufgabe der Politik in der möglichst genauen Voraussicht dessen, was andere Leute unter gegebenen Umständen tun werden —, weil also Prinz Max von Baden als Politiker die Erkenntnis hatte, daß ein sofortiges Waffenstillstandsangebot, das von der Obersten Heeresleitung ausging, im gegenwärtigen Augenblick des Zusammenbruchs der Balkanfront und des Rückzugs im Westen bei den Feinden nur den Eindruck militärischer Schwäche hervorrufen würde, lehnte er diesen Weg aus dem Gefühl der Verantwortung heraus ab. Als aber die kritische militärische Lage sofortiges Handeln notwendig machte und als der Kaiser sich der Forderung der Obersten Heeresleitung anschloß und dem Prinzen Max von Baden sagte: „Du bist nicht hierhergekom-

men, um der Obersten Heeresleitung Schwierigkeiten zu machen", erklärte sich dieser bereit, die Note abzusenden, in der der Präsident der Vereinigten Staaten um den Abschluß eines Waffenstillstandes gebeten wurde. Noch in der Nacht zum 4. Oktober wurde die Note nach Bern übermittelt.

Als verantwortlicher Staatsmann übernahm Prinz Max nun auch persönlich die volle Verantwortung für diesen Schritt. Ein anderer hätte in diesem Augenblick vielleicht der Obersten Heeresleitung selbst die Verantwortung überlassen und sie angewiesen, ihrerseits die Waffenstillstandsverhandlungen auf militärischem Wege mit der Gegenseite aufzunehmen. Zu diesem Zweck hätte man einen Parlamentär mit einer weißen Fahne in die feindlichen Linien schicken müssen. Scheidemann berichtete darüber: „Für die Reichsleitung wäre es vielleicht besser gewesen, wenn man Ludendorff die weiße Fahne hätte hissen lassen, dann wären die späteren Dolchstoß- und andere Märchen nicht entstanden. Im Kabinett waren wir uns aber einig, daß man dem Heere das Schlimmste, das Hissen der weißen Fahne, ersparen müsse.“

Vor allem die politische Erwägung, daß bei der Feindseite auf keinen Fall der Eindruck entstehen dürfe, als ob das Waffenstillstandsangebot auf Veranlassung der militärischen Führung erfolgt sei, diese politische Erwägung war es, die den Kanzler zwang, die Verantwortung für diesen Schritt allein auf sich zu nehmen, und in seiner großen Antrittsrede im

Reichstag am 5. Oktober sowie in seiner Note an Präsident Wilson wies er mit keinem Wort darauf hin, daß das Waffenstillstandsangebot von den militärischen Stellen ausgehe, sondern er stellte es so dar, als ob es seiner eigenen Initiative entsprungen sei.

Auch der Presse wurde am 16. Oktober offiziell mitgeteilt, es müsse jeder Eindruck vermieden werden, als gehe unser Friedensschritt von militärischer Seite aus. Reichskanzler und Reichsregierung hätten es auf sich genommen, den Schritt von sich ausgehen zu lassen. Diesen Eindruck dürfe die Presse nicht zerstören. Sie müsse immer wieder betonen, daß die Regierung nur getreu ihren immer befolgten Prinzipien sich zum Frieden entschlossen habe. Am 23. Oktober wurde der Presse erneut auferlegt, es müsse jeder Hinweis darauf unterbleiben, daß der Friedensschritt von der Obersten Heeresleitung ausgegangen sei.

Hindenburg verwahrt sich gegen „Gerüchte“

Ja, in der amtlichen Urkundensammlung findet sich unter Nr. 80 eine Aufzeichnung des Legationssekretärs im Auswärtigen Amt von Schmidthals vom 25. Oktober 1918, die folgende Mitteilung enthält: „In der heutigen Pressekonferenz verlas der Chef des Kriegspresseamtes im Auftrag der Obersten Heeresleitung zwei Telegramme des Generalfeldmarschalls von Hindenburg zur vertraulichen Kenntnis und zur Verbreitung durch die Mundpropaganda, nicht aber

durch die Presse. Das erste dieser Telegramme legt Verwahrung ein gegen Gerüchte, die dahin gingen, der Generalfeldmarschall habe seinerzeit ein sofortiges Friedensangebot verlangt und dabei darauf hingewiesen, es handele sich um eine Sache von Stunden."

Mit dieser Anweisung wurde der 25. Oktober 1918 zum Geburtstag der Dolchstoßlegende. Und dieses Telegramm Hindenburgs, in dem die Oberste Heeresleitung wahrheitswidrig die Initiative zu dem Waffenstillstandsangebot ableugnete und mit dem sie bewußt den Eindruck erwecken wollte, als ob der Reichskanzler dieses Angebot sogar gegen ihren Willen an die Feinde gerichtet habe, kann man als den Geburtsschein jener Legende bezeichnen. Daß man bei dieser Geburt kein reines Gewissen hatte, zeigt die Tatsache, daß man sich scheute, sie wie eine legitime Geburt in der Presse zu veröffentlichen, sondern daß man sie nur durch Mundpropaganda verbreitete. Wenn der Reichskanzler nun aber eine solche Verfälschung der tatsächlichen Vorgänge geschehen ließ, ja sie in der Öffentlichkeit nicht einmal dementierte, so geschah das einzig und allein aus dem Verantwortungsgefühl der Regierung, der in der damaligen Lage ein solcher Eindruck, wie er jetzt entstand, im Interesse der Sache, d. h. zur Vermeidung des Eindrucks militärischer Schwäche, und zur Erzielung erträglicher Bedingungen garnicht unwillkommen war.

So ist es kein Wunder, daß dem größten Teil des deutschen Volkes nie so recht zum Bewußtsein gekommen ist, daß der Zusammenbruch 1918 eingeleitet wurde durch die Waffenstillstandsforderung, die die Oberste Heeresleitung am 29. 9. 1918 in drängender und ultimativer Form infolge der katastrophalen militärischen Lage an die Regierung stellte, und daß die Dolchstoßlegende so verbreitet Glauben fand.

Ludendorff hat sich „geirrt“

Als im Laufe des Monats Oktober die scharfen Forderungen des Präsidenten Wilson auf Entwaffnung der deutschen Armee bekannt wurden, veränderte Ludendorff seine Haltung. Er erklärte jetzt, er habe sich in der Einschätzung der Lage an der Front am 1. Oktober getäuscht; die Lage sei nicht so verzweifelt, die Front könne noch längere Zeit halten.

„Einen folgenschwereren Irrtum“, so schrieb die konservative „Post“ am 18. November 1918, „hat es nie gegeben. Er hat ein ganzes Volk dem Unglück und der Schande überliefert.“ Und der preußische Kriegsminister General Scheuch schrieb über die Kabinettsitzung, in der Ludendorff seine Theorie der angeblich veränderten Lage vortrug: „Der Verlauf dieser Aussprache wurde für mich zur traurigsten Stunde in diesen traurigen Oktober-Wochen. Nichts, rein garnichts vermochte die Oberste Heeresleitung anzuführen, was irgendwie überzeugend hätte wirken können.“

Da das Kabinett sich den Forderungen Ludendorffs nach Weiterführung des Krieges nicht anschließen konnte, wurde Ludendorff vom Kaiser entlassen. Hindenburg blieb im Amt.

Um die nationale Ehre

In den Beratungen, in denen um die Frage: Weiterführung des Krieges oder Frieden gerungen wurde, begegneten sich wieder militärisches und politisches Denken. General von Gallwitz, der zu den Verhandlungen hinzugezogen wurde, erklärte: „Wir müssen erst sehen, wie lange wir noch aushalten können. Vom Standpunkt der nationalen Ehre darf man nicht Schicht machen, solange noch die Armee in Widerstandskraft dasteht.“ Worauf Staatssekretär Gröber erwiderte: „Der Standpunkt der nationalen Ehre ist für uns alle maßgebend. Dürfen wir aber nur mit Rücksicht auf den Ehrenstandpunkt einen Kampf fortsetzen, der aussichtslos ist und nur den Gegner veranlaßt, uns später noch härtere Bedingungen aufzuerlegen?“

Dieser Gegensatz in den Auffassungen kam aber nicht nur in den theoretischen Erörterungen am grünen Tisch der Reichskanzlei zum Ausdruck, sondern auch in der rauen Wirklichkeit der Front, in jenen Ereignissen, die sich bei der deutschen Hochseeflotte abspielten. Die Flottenführung wollte in den letzten Oktobertagen, als jeden Tag die Einstellung der Feindseligkeiten erwartet wurde, noch einmal einen Vor-

stoß der deutschen Hochseeflotte gegen die englische Küste machen und bereitete sich auf einen großen Endkampf vor. Die Mannschaften der Flotte glaubten oder mußten glauben, daß man zur letzten Ausfahrt, zum letzten Waffengang mit der englischen Flotte rüste, daß unsere Schiffe alle geopfert werden sollten aus nationalem Ehrgefühl. Die Mannschaften, die zum größten Teil verheiratet waren, und die seit der Nachricht von dem Waffenstillstandsangebot schon die Tage zählten, an denen sie zu Frau und Kind zurückkehren würden, hatten für solche Ehre kein Verständnis: Sie sahen, da der Krieg doch verloren sei, ein solches Opfer als sinnlos an. Sie hatten ihre Schuldigkeit getan, solange der Kampf einen Sinn hatte; jetzt, da der Krieg zu Ende war, wollten sie lieber zu Frau und Kind als auf den Meeresgrund.

Der 9. November 1918

So entstand die Revolte auf der Hochseeflotte, und daraus entwickelten sich die Ereignisse, die am 9. November in Berlin zum Ende der Monarchie und zur Revolution führten, sechs volle Wochen, nachdem Ludendorff angesichts der militärischen Katastrophe den sofortigen Waffenstillstand gefordert hatte. Für jede geschichtliche Erkenntnis ist klar, daß diese Revolution die Folge und niemals die Ursache der militärischen Niederlage war.

Ludendorff und die Dolchstoßlegende

Es ist vorhin gezeigt worden, wie aus dem Bewußtsein politischer Verantwortung der Reichskanzler der Presse Anweisung gegeben hatte, jeden Hinweis darauf zu unterlassen, daß das Friedensangebot von der Obersten Heeresleitung ausgegangen sei, daß die Presse im Gegenteil den Eindruck erwecken solle, als sei dieser Friedensschritt einzig und allein das Werk der neuen Reichsregierung. Diesen Eindruck aufrecht zu erhalten, daran hatte zunächst der Mann besonderes Interesse, der diesen Friedensschritt gefordert hatte und vierzehn Tage später erklärte, er habe sich geirrt: Ludendorff hatte ein Interesse daran, daß die Nation seine Waffenstillstandsforderung nicht erfuhr oder schnell wieder vergaß. Ihm lag es daran, die Verantwortlichkeit abzuschieben, und dasselbe Interesse hatten alle die Kreise, die General Ludendorff in den letzten Jahren in seinem Kampf gegen den Reichskanzler von Bethmann-Hollweg und die Linksparteien und gegen einen Verständigungsfrieden unterstützt hatten, die Rechtsparteien, die Alldutschen, die Kreise der sogenannten „Vaterlandspartei“ und der Großindustrie.

Als nun die Revolution des 9. November ein Weiterkämpfen wirklich unmöglich machte, konnte sich Ludendorff denjenigen, die die Zusammenhänge nicht kannten — und das war fast das ganze deutsche Volk —, mit einem Schein des Rechts als den Vor-

kämpfer nationaler Ehre, als den zu Unrecht entlassenen General und als den Mann hinstellen, der das Vaterland gerettet hätte, wenn eben nicht durch diese Revolution der Dolchstoß in den Rücken des kämpfenden Heeres geführt worden wäre. Und so kann es nicht wundernehmen, daß die Ludendorffsche Darstellung bald von großen Teilen des deutschen Volkes geglaubt wurde. Sie wurde um so leichter geglaubt, weil das ganze Volk über den wahren Stand der militärischen Lage im ersten Weltkrieg ebensowenig aufgeklärt wurde, wie es im zweiten geschah. Von der Marneschlacht bis zum Ende des Krieges war die öffentliche Meinung über den Stand der Dinge — nach einem Wort des Kronprinzen Rupprecht von Bayern — „in unverantwortlicher Weise getäuscht und irregeführt“ worden; sie hatte immer nur von Siegen gehört und konnte deshalb das plötzliche Eingeständnis der militärischen Niederlage nicht fassen. Da ihr die Waffenstillstandsforderung Ludendorffs und die wirklichen Zusammenhänge zunächst unbekannt geblieben waren, bot ihr die Revolution des 9. November die einfachste Erklärung. Diese Revolution war es also, die den Sieg verhindert hatte; sie war offenbar die Ursache, daß alle Opfer der vier schweren Kriegsjahre umsonst gebracht waren. So fand die Dolchstoßlegende — für die geschichtliche Erkenntnis verständlich — nur allzu offene Ohren und gläubige Herzen.

Hindenburg und die Dolchstoßlegende

Dies war besonders der Fall, nachdem auch Hindenburg nach seiner Verabschiedung im Jahre 1919 in dem gleichen Streben wie Ludendorff, die Verantwortlichkeit abzuschieben, sich offen zur Dolchstoßlegende bekannte. Wie er schon in dem oben erwähnten Telegramm vom 25. 10. 1918 wahrheitswidrig bestritten hatte, daß die Initiative zum Waffenstillstandsangebot von der Obersten Heeresleitung ausgegangen sei, so scheute er sich nicht, ein Jahr später, am 18. November 1919, vor dem Untersuchungsausschuß der deutschen Nationalversammlung das Wort von dem „Dolchstoß“ offen auszusprechen und sich dabei sogar auf die angebliche Behauptung eines englischen Generals zu berufen, als er wörtlich erklärte: „Ein englischer General sagt mit Recht: ‚Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.‘ Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruch des englischen Generals.“*)

*) Der englische General Maurice, auf dessen Behauptung sich Hindenburg in dieser Aussage berief, und der nach dieser Aussage als erster das Wort vom „Dolchstoß“ geprägt haben sollte, hat in seinem Kriegsbuch „Last four months“ zu dieser Erklärung mit folgenden Worten Stellung genommen: „Es steht außer Frage, daß die deutschen Heere vollkommen und entscheidend im Felde geschlagen waren. Ich habe niemals an irgendeiner Stelle der Meinung Ausdruck verliehen, daß der Kriegsausgang, so wie er sich abgespielt hat, der Tatsache zu verdanken ist, daß das deutsche Heer vom deutschen Volke rücklings erdolcht worden sei. Ich habe gesagt, daß, wenn man dem deutschen Heer Zeit gelassen hätte, sich zu erholen, dieses wahrscheinlich den Kampf verlängert hätte, daß aber die endgültige Niederlage unvermeidlich war.“ Hierzu bemerkt der Kriegshistoriker Oberst Schwertfeger: „Die Erklärung des Generals Maurice hat mir im Original vorgelegen. Es ist danach nicht mehr zulässig, den General als Vertreter und Träger der Auffassung vom ‚Dolchstoß der Heimat‘ in Anspruch zu nehmen.“

Bei dem großen Vertrauen, das Hindenburg trotz des verlorenen Krieges auch nach 1918 noch bei weiten Schichten des deutschen Volkes genoß und das später sogar zu seiner Wahl zum Reichspräsidenten führte, ist es daher verständlich, daß die Geschichte von dem Dolchstoß nun, wo auch Hindenburg sich zu ihr bekannte, in weiten Kreisen als geschichtliche Wahrheit angesehen wurde.

Der „Dolchstoß“ der Front

Die Unhaltbarkeit der Dolchstoßtheorie aber ergab sich dann bei näherer Betrachtung, vor allem bei der Beantwortung der Frage, wer denn nun den Dolchstoß eigentlich geführt habe. Da hieß es zunächst, es sei die durch revolutionäre Propaganda zersetzte und unterwühlte Front gewesen, die versagt habe; in ihr seien ganze Armeen von Deserteuren und Überläufern gewesen, die dann die Revolution gemacht hätten. Aber da stellten sich bald die Heerführer selbst vor ihre Soldaten und erklärten, an der Spitze der deutsche Kronprinz in seinen Erinnerungen: „Sie haben heldenhaft in dem ungleichen Ringen gestanden und ihre Pflicht getreu bis zum Tode erfüllt. Ein Lügner, wer behauptet, daß der Kampfgeist der Front versagt hätte.“

Und auch in dem zu Beginn dieser Ausführungen mitgeteilten entscheidenden Telegramm vom 3. Oktober, in dem die Oberste Heeresleitung die Gründe für ihre Forderung nach sofortiger Einstellung der Feind-

seligkeiten aufzählte, ist von einem Versagen der Front mit keinem Wort die Rede, im Gegenteil, es heißt da: „Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab.“

Der „Dolchstoß“ der Heimat

Wo es also die Front nicht sein konnte, mußte es die Heimat sein, die den Dolchstoß geführt habe. Aber diese Heimat, die vier Jahre lang so tapfer und geduldig, so opferbereit durchgehalten, die gehungert und gedarbt und alle Entbehrungen auf sich genommen, die an den Sieg geglaubt und in keiner Stadt des Reiches auch nur eine Erhebung oder einen Aufstand oder eine Meuterei jemals versucht hatte? Wer wollte das ernstlich behaupten?

Der „Dolchstoß“ der Arbeiterschaft

Weiter hieß es, die Arbeiter hätten den Dolchstoß geführt. Sie hätten durch Streiks, vor allem durch den großen Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, das Mißlingen der großen Offensive verursacht, die nur durch Mangel an Munition ins Stocken geraten sei. Aber da erklärte der General von Kuhl, der als Generalstabschef der Heeresgruppe diese Offensive geleitet hatte und es doch wissen mußte, in seinem Gutachten: „Mangel an Geschützen, Gewehren, MG., Minenwerfern und an Munition hat die Operation 1918 nicht beeinflußt.“ Der Generalmajor Würzbacher schreibt in dem Sammelwerk Schwarte „Der große

Krieg" in einem Aufsatz über die Versorgung des Heeres mit Waffen und Munition: „Das Heer ist nicht durch Munitionsmangel zum Waffenstillstand gezwungen worden, sondern die Arbeiterschaft hat bis zum Schluß ihre Pflicht getan.“

Der „Dolchstoß“ der Spartakisten

Dann sollten es die Spartakisten und die unabhängigen Sozialdemokraten sein, die durch Flugblätter Front und Heimat unterwühlt, ihr den Glauben an den Sieg genommen und so die Revolution vorbereitet hätten. Aber diejenigen, die die Verhältnisse im Volke kannten, erwiderten, nicht die wenigen Flugblätter, sondern die Entbehrungen und der Hunger, dazu die uferlose Eroberungspropaganda der Alldeutschen, die aus dem Verteidigungskrieg einen Eroberungskrieg machen und fast die ganze Welt erobern wollten — hatte doch schon der Abgeordnete Scheidemann am 15. Mai 1917 im Reichstag erklärt: „Durch die alldeutsche Porzellanladen-Politik sind wir in den wahrhaft törichten Verdacht gekommen, ein Räuber-volk zu sein, sozusagen eine national organisierte Räuberbande von 70 Millionen“ —, und die innerpolitische Haltung der Rechtsparteien, die sich weigerten, in Preußen dem einfachen Mann, der sich im Schützengraben für sein Vaterland opferte, das gleiche Wahlrecht zu gewähren, das seien die wahren Ursachen der Mißstimmung im Volke.

Wer hatte da recht? Von wem war denn nun wirklich der angebliche Dolchstoß geführt worden? Wer war in der Lage, für diese Behauptung einen unwiderleglichen Beweis zu führen? Das hätte, wenn überhaupt, nur die Geschichtswissenschaft nach gründlicher und objektiver Untersuchung aller Ursachen des deutschen Zusammenbruchs tun können. Eine solche Untersuchung erforderte aber ebenso ihre Zeit wie jene Untersuchung der anderen Schuldfrage, der Frage nach der Verantwortung, nicht für das Ende, sondern für den Ausbruch des Weltkrieges, der sogenannten Kriegsschuldfrage.

Die „überstaatlichen Mächte“

Die nationalistischen und militärischen Kreise aber brauchten die Dolchstoßlegende für ihre Propaganda im innerpolitischen Parteikampf, um die eigene Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch abzuschieben, sie konnten und wollten nicht warten auf die Ergebnisse einer objektiven Forschungsarbeit. Sie nahmen daher, da sie nicht in der Lage waren, einen konkreten Beweis zu führen, ihre Zuflucht zu allgemeinen Formulierungen. Ein klassisches Beispiel gibt das im Verlag Hirt erschienene Geschichtsbuch für höhere Schulen, dessen Verfasser Gehl gleich vier Dolchstöße konstruiert, und zwar einen, den der Liberalismus, den zweiten, den der Marxismus, den dritten, den das Freimaurertum, und den vierten, den das Judentum geführt habe. Wenn man noch den Katholi-

zismus oder Klerikalismus hinzufügt, dann hat man hier alle jene sogenannten „überstaatlichen“ Mächte beisammen, die aus dem Sprachgebrauch des Ehepaares Ludendorff nur zu gut in unserer Erinnerung sind.

Würde man für diese abstrakten Begriffe die Menschen einsetzen, die sich zu diesen Mächten bekannten, dann wären es bei Zugrundelegung des Ergebnisses der Wahl zur Nationalversammlung, die der erste Ausdruck der öffentlichen Meinung in Deutschland nach dem Ende des Weltkrieges war, von 30 Millionen, die ihre Stimmen abgaben, 27 Millionen, die sich für diese Mächte erklärten, d. h. 90 Prozent des deutschen Volkes hätten den Dolchstoß gegen die übrigen 10 Prozent geführt.

Hitler und die Dolchstoßlegende

Eine solche Legende wäre schließlich an ihrer eigenen Lächerlichkeit zugrunde gegangen, wenn nicht der Nationalsozialismus diese Legende in seine Propaganda aufgenommen und ihr eine neue Richtung gegeben hätte. Der Nationalsozialismus konnte natürlich weder die Front beschuldigen, daß sie versagt habe, noch die Heimat, daß sie die Schuld trage. Denn eine Partei, der es darauf ankam, Millionen von Wählerstimmen zu gewinnen, konnte nicht dieselben Millionen durch so allgemeine Verleumdungen, die jeder auf Grund eigenen Erlebens widerlegen konnte, vor den Kopf stoßen. Im Gegenteil, in Reden und Schriften

konnte man sich nicht genug tun, das Heldentum der Front und auch das der Heimat in den höchsten Tönen zu preisen. Trotzdem bekannte sich der Nationalsozialismus zur Dolchstoßlegende, ja, er wurde ihr eifrigster Verfechter. Freilich nicht aus apologetischer Tendenz, wie es bei Ludendorff der Fall war. Der Nationalsozialismus war ja 1918 noch garnicht da, er war nicht beteiligt an dem Zusammenbruch, er hatte keine Veranlassung, sich wie die angegriffenen Generale zu rechtfertigen oder zu verteidigen.

Der „Dolchstoß der Führung“

Hitler verfolgte ganz andere Ziele. Ihm mußte die Dolchstoßlegende dazu dienen, seinen Führungsanspruch dem Volke gegenüber zu begründen. Nicht die Front habe den Sieg verhindert, auch nicht die Heimat, sondern die Führung. Diese sei es gewesen, die jämmerlich versagt habe. Ob das der Kaiser war oder die verschiedenen Reichskanzler oder die Staatsmänner der Weimarer Republik — sie alle waren „Feiglinge und Schwächlinge“, denen gegenüber Hitlers Führereigenschaften dann in um so hellerem Glanze erstrahlten.

„Die Staatsführung bestand aus Schwächlingen“, so ruft Hitler aus (9. 11. 1943). Er spricht von der „feigen, jämmerlichen Entschlußlosigkeit derjenigen, die den Staat leiteten und für ihn verantwortlich waren.“

„Der Kaiser von damals war ein Mann, dem jede Stärke im Widerstand gegen diese Feinde fehlte; in

mir aber haben sie nun einen Gegner, der an das Wort kapitulieren überhaupt nicht denkt" (10. 11. 1942).

Ein andermal sagt er: „Die Herren mögen zur Kenntnis nehmen, die Generation, die heute in Deutschland führt, ist nicht die Generation eines Bethmann-Hollweg. Heute haben sie ein friderizianisches Deutschland vor sich" (21. 9. 1939).

Am 30. Januar 1941 behauptete er: „Trotzdem nun damals die ganze Welt gegen Deutschland mobilisiert war, ist Deutschland tatsächlich nicht besiegt worden. Wir können das heute ruhig aussprechen. Ich möchte nicht Kritiker der Vergangenheit sein, solange ich die Sache nicht besser gemacht habe. Heute aber kann ich als einer der Männer, die die Sache besser gemacht haben, auch die Vergangenheit kritisch betrachten und beurteilen. Und ich kann nur sagen: Der Erfolg des Jahres 1918 ist das ausschließliche Ergebnis einer seltenen Anhäufung persönlicher Unfähigkeiten in der Führung unseres Volkes, einer einmaligen Anhäufung, die in der Geschichte bisher weder da war noch in Zukunft sich wiederholen wird, das können Sie mir glauben.“

So muß während des Krieges fast jede Rede Hitlers dazu dienen, die Dolchstoßlegende in dieser neuen Version zu verkünden und die angebliche Schwäche, Feigheit und Unfähigkeit der kaiserlichen Regierung als Ursache des Zusammenbruchs 1918 in immer neuen Formulierungen dem Volke glaubhaft zu machen.

Hatte er doch schon in seinem Buch, Seite 206, geschrieben: „Wenn mich die Vorsehung an die Stelle dieser unfähigen und verbrecherischen Nichtskönner gestellt hätte, dem Schicksal wäre der Kampf anders angesagt worden. Daß mir dies gelungen sein würde war ich schon damals vermessen genug zu glauben.“

„Wenn damals ein gewisser Adolf Hitler . .“

Ihren Gipfelpunkt fand diese Propaganda in dem geschmackvollen Satz, den er am 22. Februar 1940 unter dem lärmenden Beifall seiner Anhänger im Bürgerbräukeller zu München durch die Ätherwellen in die ganze Welt hinausschrie: „Wenn damals ein gewisser Adolf Hitler, statt deutscher Musketier zu sein, deutscher Reichskanzler gewesen wäre, glaubt man etwa, daß damals diese kapitalistischen Götzen der internationalen Demokratie gesiegt hätten?“

So dient die Dolchstoßlegende Hitlers Ruhm und Hitlers Eitelkeit; er benutzt sie, um durch die Gegenüberstellung seiner angeblich starken Persönlichkeit gegenüber den „Schwächlingen“ von damals seinen eigenen Führungsanspruch immer wieder zu betonen, um zu beweisen, daß er allein berufen sei, das deutsche Volk zu führen. Wie hatte er doch in seinem Buch geschrieben von den „Berufenen“? Seite 164: „Den bekannten ‚Unberufenen‘ blieb nichts anderes übrig, als schweigend zuzusehen, warum und wie die ‚Berufenen‘ geradeswegs in das Verderben marschier-

ten, das liebe Volk wie der Rattenfänger von Hameln hinter sich herziehend."

Die Dolchstoßlegende als Propaganda für den zweiten Weltkrieg

Aber die Dolchstoßlegende dient bei Hitler auch noch einer anderen Tendenz. Sein politisches Ziel hat Hitler ja schon auf der ersten Seite seines Buches ganz offen ausgesprochen, wenn er dem deutschen Volke dort das moralische Recht auf Erwerbung von fremdem Grund und Boden zuerkennt und in den anderen Kapiteln des Buches immer wieder Ostpolitik im Sinne der Erwerbung fremden Gebietes als das Ziel der deutschen Außenpolitik bezeichnet. Dieser Eroberungskrieg war sein einziger Gedanke und sein letztes Ziel, dem alles andere zu dienen hatte. Wenn das deutsche Volk sein Buch wirklich gelesen hätte, dann hätte es über dieses Ziel auch schon vor 1933 nicht einen Augenblick im unklaren sein dürfen.

Für diesen Eroberungskrieg die nötigen Voraussetzungen zu schaffen, darin sah er seine Aufgabe. Er wußte — so viel historische Erkenntnis hatte er auch —, daß das deutsche Volk, solange es unter dem Eindruck seiner Niederlage stand, sich so leicht nicht in einen neuen Krieg gegen die Welt führen ließ. Darum mußte dieser Eindruck beseitigt werden. Das war nur möglich, wenn ihm der Glaube beigebracht wurde, daß es im vorigen Krieg garnicht besiegt, daß es im Gegenteil selbst der Sieger und nur durch ge-

meinen Verrat um die Früchte seines Sieges gebracht worden sei. Diese Überzeugung, nicht von der Unterlegenheit, sondern der eigenen Überlegenheit über die andern, die mußte dem Volke mit allen Mitteln beigebracht werden. Sie war die Voraussetzung für die Bereitschaft des Volkes, einen neuen Krieg auf sich zu nehmen. Besonders die Jugend mußte in diesem Sinne erzogen werden. Hitler spricht es in seinem Buch mit aller Offenheit aus:

„Der völkische Staat“, so sagt er Seite 475, „wird dafür sorgen müssen, durch eine passende Erziehung der Jugend das für die letzten und größten Entscheidungen auf diesem Erdball reife Geschlecht zu erhalten.“

Und das Ziel dieser Erziehung formuliert er so:

„Die gesamte Erziehung und Ausbildung des deutschen Volkes muß darauf angelegt werden, ihm die Überzeugung zu geben, anderen unbedingt überlegen zu sein. Es muß vor allem den Glauben an die Unbesiegbarkeit seines ganzen Volkstums wiedergewinnen.“

Diesen Glauben konnte natürlich eine Jugend nicht gewinnen, die in der Schule etwa lernte, daß das deutsche Volk 1918 besiegt worden sei, weil die Feinde ihm überlegen waren. Diese historische Erkenntnis mußte infolgedessen aus der Schule verbannt werden, sie wurde ersetzt durch die Dolchstoßlegende.

Es ist äußerst reizvoll, in den Geschichtsbüchern des Dritten Reiches festzustellen, wie die einzelnen Verfasser nun dieser Forderung gerecht zu werden suchen.

So schließt G e h l in seinem Geschichtswerk den Abschnitt über den Weltkrieg mit folgendem Satz: „Die Tatsache, daß sich überall kämpfende Einzelne fanden, die ohne Befehl eines Vorgesetzten und ohne Hoffnung auf Anerkennung — trotz körperlicher Ausgezehrtheit und seelischer Zermürbung — der Übermacht von Menschen und Material Widerstand leisteten bis zum Selbstopfer, senkt das Bewußtsein von der Unbesiegbarkeit der Front in die deutsche Erinnerung.“ Hier sind die wahren Gründe der deutschen Niederlage gewissenhaft aufgezählt: die Übermacht an Menschen und Material, die körperliche Ausgezehrtheit (infolge der Blockade), die seelische Zermürbung; statt aber nun zu sagen, daß das deutsche Volk dieser gewaltigen Übermacht nach heldenmütigem Kampfe ehrenvoll unterlegen sei — was noch nie in der Geschichte eine Schande gewesen ist —, statt dessen wird aus der Tatsache, daß hier und da vereinzelte Soldaten noch Widerstand geleistet haben, die Folgerung von der Unbesiegbarkeit des ganzen Volkes gezogen. Nationalsozialistische Logik!

Die „Dolchstöße“ in der Marneschlacht

Als nun im Laufe der Jahre die Wissenschaftler — unabhängig von der Tagespropaganda — sine ira et studio die wahren Ursachen des Zusammenbruchs 1918 erforschten, als vor allem wissenschaftlich tüchtige Mitglieder des ehemaligen Generalstabes und angesehene Historiker den Zusammenhängen nachspürten,

da drohte der Dolchstoßlegende eine neue Gefahr. In dem großen Werk des Reichsarchivs, der wegen seiner amtlichen Berichte zuverlässigsten Quellensammlung für die militärischen Fragen des Weltkrieges, wurde die These vertreten, die in einigen Werken und Aufsätzen militärischer Fachleute schon vorher zum Ausdruck gebracht worden war, daß der Krieg bereits verloren gewesen sei mit dem Verlust der Marneschlacht. Es heißt da: „Mit der Erstarrung der deutschen Front nach der Marneschlacht war der Krieg strategisch verloren. Der Zweifrontenkrieg drohte in eine Kriegsführung auszuarten, die nach Schlieffen'scher Auffassung auf die Dauer zur gänzlichen Aufreibung des deutschen Heeres führen mußte. Das bedeutete über kurz oder lang Niederlage oder Untergang.“

Dieselbe Auffassung hatte der Generalstabschef von Moltke bereits während der Marneschlacht selbst geäußert. Am 9. September 1914, also auf dem Höhepunkt der Marneschlacht, schrieb er an seine Frau: „Es geht schlecht. Die Kämpfe im Osten von Paris werden zu unseren Ungunsten ausfallen. Die eine unserer Armeen muß zurückgehen, und die anderen werden folgen müssen. Der so hoffnungsvoll begonnene Anfang des Krieges wird in das Gegenteil umschlagen. Wir müssen ersticken in dem Kampf gegen Ost und West. — Wie anders war es, als wir vor wenigen Wochen den Feldzug so glänzend eröffneten. Die bittere Enttäuschung kommt jetzt nach, und wir werden zu zahlen haben, für alles, was zerstört ist.“

Der ehemalige deutsche Kronprinz schrieb nach dem Krieg in einem Brief an Prof. Zorn, seit der Marneschlacht habe er den Krieg für verloren gehalten.

General von Kuhl schreibt: „Wir sind 1914 mit der besten und glänzendsten Truppe ins Feld gezogen, die es je gegeben hat, und haben doch den Marnefeldzug und vielleicht dadurch den ganzen Krieg verloren.“

Die „fehlenden“ drei Armeekorps

Mit dieser historischen Erkenntnis war nun freilich der Dolchstoßlegende selbst der Dolch ins Herz gestoßen. Wenn bereits im Jahre 1914 der Krieg verloren war, dann hatten die sogenannten Dolchstöße von 1918 nichts mehr zu bedeuten. Doch auch hier wußte man Rat. Da wurde von Ludendorff und seinen nationalsozialistischen Freunden die Behauptung aufgestellt, in der Marneschlacht hätten an der entscheidenden Stelle drei Armeekorps gefehlt. Wären sie dagewesen, dann wäre die Schlacht gewonnen worden; das Fehlen dieser drei Armeekorps sei zurückzuführen auf das Versagen des deutschen Reichstages vor dem Kriege, der diese drei Korps nicht bewilligt habe; im Reichstag hätten Sozialdemokraten, Liberale und Zentrum die Mehrheit gehabt, also trügen Marxismus, Liberalismus, Katholizismus und natürlich Freimaurertum und Judentum die Schuld auch schon an dem Verlust der Marneschlacht.

Diese Behauptung wurde im Vertrauen auf die mangelnden geschichtlichen Kenntnisse des Volkes nach der bekannten Methode nationalsozialistischer Propaganda in Reden, Aufsätzen, Schulungsbriefen und Geschichtsbüchern dem Volke eingehämmert. Selbst der preußische Ministerpräsident scheute sich nicht, bei der Eröffnung des preußischen Staatsrates am 16. September 1933 sich diese Fälschung zu eigen zu machen. Damals sagte er: „So konnte vor zwanzig Jahren ein Parlament der Falschheit der Staatsführung bei der Einbringung der Militärvorlage in den Arm fallen. Nicht wurde uns der Sieg entrissen durch die anderen, der Sieg wurde gestohlen durch das, was ein deutsches Parlament versäumt hatte, in wichtigen Augenblicken zu tun. Da draußen konnte der preußische Grenadier ermessen und fühlen, als ihm die Munition fehlte, als der Nachschub ausblieb, was einst ein feiges Parlament dem deutschen Volke angetan hatte.“ Und Hitler sprach in diesem Zusammenhang von der „verbrecherischen Gewissenlosigkeit unserer parlamentarischen Taugenichtse“.

Was war nun mit diesen drei Armeekorps? Für die Beantwortung dieser Frage finden wir in dem großen Werk des Reichsarchivs über den Weltkrieg sowie in den amtlichen Sitzungsberichten des Reichstages die zuverlässigste Quelle, die es überhaupt gibt. Aus den letzteren ergibt sich, daß eine Vorlage über die Aufstellung von drei neuen Armeekorps vor dem Kriege

überhaupt nicht an den Reichstag gegangen ist, also auch nicht von ihm behandelt, geschweige denn abgelehnt werden konnte. Im übrigen sind alle Militärvorlagen, die in den Jahren vor dem Weltkriege an den Reichstag gegangen waren, ob sie die Flotte oder das Heer betrafen, sowohl die kleine Wehrvorlage 1912 wie die große 1913, bis auf den letzten Mann und den letzten Groschen angenommen worden. Allein durch die letztere war die Armee um 130 000 Mann vermehrt worden. Der Reichstag zeigte überhaupt in diesen Jahren eine früher nicht gekannte Bewilligungsfreudigkeit in militärischen Dingen.

Während also die Sitzungsberichte des Reichstages kein Wort enthalten über eine Vorlage von drei Armeekorps, findet sich im Werke des Reichsarchivs zu dieser Frage eine Reihe von Dokumenten, die den geheimen Schriftwechsel enthalten, der in den Jahren 1912/14 zwischen dem Chef des Generalstabes und dem preußischen Kriegsminister über die Heeresvermehrung geführt worden ist. Daraus geht hervor, daß in einer Denkschrift des Generalstabes vom 16. 12. 1912 die Notwendigkeit der Aufstellung von drei neuen Armeekorps betont wird: „Um für eine Offensive nach Westen den erforderlichen Kräfteausgleich zu schaffen und gleichzeitig unseren Osten hinreichend zu sichern, müssen mindestens drei Armeekorps neu aufgestellt werden.“

Über die voraussichtliche Aufnahme einer solchen Forderung durch den Reichstag schreibt der General-

stabschef am 14. 1. 1913: „Ich glaube, daß der Reichstag unter dem Eindruck der gespannten politischen Weltlage jetzt zur Bewilligung hoher Mittel bereit sein wird.“ Und er fährt dann fort: „Was die drei neuen Armeekorps anlangt, so stelle ich zunächst fest, daß ich die Aufstellung von neuen Armeekorps zum 1. Oktober 1913 auch nicht für möglich angesehen und daß ich für dieses Jahr auf neue Korps verzichtet habe.“ Bei Kriegsausbruch am 1. August 1914 hätten diese Korps also auch nach der Forderung des Generalstabes noch nicht da sein können.

Der Kriegsminister General von Heeringen lehnte aber in seinem Schreiben vom 20. Januar 1913 die Aufstellung der drei Armeekorps ab mit folgender Begründung: „Die Errichtung der drei Korps scheint mir sehr bedenklich. Die Offizier- und Unteroffizierfrage steht dabei im Vordergrund. Ich halte eine Vergrößerung der Armee um fast $\frac{1}{3}$ ihres Bestandes für eine so einschneidende Maßnahme, daß eingehend erwogen werden muß, ob nicht ihr innerer Gehalt wesentlich darunter leidet. Ohne ein Hineingreifen in für die Ergänzung des Offizierskorps wenig geeignete Kreise, das, von anderen Gefahren abgesehen, dadurch der Demokratisierung ausgesetzt wäre, und ohne Herabminderung der Anforderungen werden wir den außerordentlich erhöhten Bedarf an Offizieren und Unteroffizieren nicht decken können. Nicht geringer erscheinen mir die Bedenken bezüglich der Rekrutierungsmöglichkeit. Und schließlich darf nicht außer

acht gelassen werden, daß wir trotz jahrelanger Anstrengungen noch nicht dahin gelangt sind, die vorhandenen Formationen mit Kriegsmaterial aller Art so vollkommen auszustatten, wie es dringend erwünscht wäre. Neuaufstellung von Korps, die mit ihren Bedürfnissen zunächst Berücksichtigung heischten, würde den Abschluß der Maßnahmen auch für die anderen Korps auf eine nicht absehbare Zukunft verschieben, da schließlich auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Reiches eine Grenze hat."

Am 23. Januar 1913 erklärte auch der Kaiser, daß eine größere Steigerung im Augenblick für die Armee nicht tragbar sei, und er sprach sich nach einer Mitteilung des Kriegsministers „sehr bestimmt gegen die drei Korps aus“ und verfügte am 25. Januar 1913: „Ich beauftrage Ew. Exzellenz, gemeinsam mit dem Generalstab in die Vorarbeiten für die Neuformation von drei Armeekorps einzutreten, sobald die jetzige Wehrevorlage angenommen ist, und sie für das neue Quinquennat (d. h. für den 1. 4. 1916) bereitzuhalten."

Im März 1913 forderte Generalstabschef von Moltke von neuem die Aufstellung der drei Armeekorps und begründete diese Forderung mit den neuen Heeresvermehrungen Frankreichs und Rußlands, und er fügte wiederum wörtlich hinzu: „Schwierigkeiten seitens der Volksvertretung sind, soweit ich unterrichtet bin, kaum anzunehmen." Wiederum lehnte der Kriegsminister diese Forderung ab. Er schrieb: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß die Armee dies augen-

blicklich verdauen kann. An eine Vermehrung unserer Armeekorps kann erst herangetreten werden, wenn die Armee in die jetzt bevorstehende Verstärkung einigermaßen hineingewachsen ist. Unter diesen Umständen kann ich zur Zeit die Schaffung neuer Armeekorps nicht befürworten."

Im Mai 1914 machte der Generalstabschef einen neuen Vorstoß. Er schrieb an den Reichskanzler: „Ich möchte nochmals betonen, daß wir nach meinem pflichtmäßigen Ermessen mit der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, d. h. mit der Einstellung sämtlicher wehrfähigen Deutschen zum Waffendienst nicht bis zum nächsten Quinquennat warten können, sondern daß wir möglichst bereits zum 1. Oktober 1914, spätestens jedoch zum 1. 10. 1915 mit dieser Maßnahme beginnen müssen."

Der Kriegsminister General von Falkenhayn lehnte ebenso wie sein Vorgänger, der General von Heeringen, die sofortige Durchführung dieser Forderung ab. In einem Schreiben an den Reichskanzler vom 8. 7. 1914 — also drei Wochen vor dem Ausbruch des Weltkrieges — erklärte er: „Die Armee braucht unbedingt noch einige Zeit Ruhe, um sich mit den Folgen der großen Wehrvorlage von 1913 abzufinden. Eine neue Heeresvermehrung käme zur Zeit einer Verwässerung und Verschlechterung gleich. Sie wäre daher zwecklos. Aus diesen Erwägungen schlage ich vor, daß mit dem Wehrpflichtprogramm erst zum Etat 1916 hervorgetreten wird."

Das Ergebnis dieser Verhandlungen, die sich bis in den Juli 1914 hineinzogen, war die Erklärung des Generals von Falkenhayn, daß mit dieser Vorlage bis zum Jahre 1916 gewartet werden solle.

Aus den Verhandlungen ergibt sich:

1. Eine Aufstellung von neuen Armeekorps über die vom Reichstag bewilligte Wehrvorlage hinaus hat der Generalstab zwar gefordert, aber nicht vor dem 1. 10. 1914, weil sie vor diesem Zeitpunkt technisch unmöglich gewesen wäre. In die Schlacht an der Marne hätten diese Korps also schlechterdings noch nicht eingreifen können.
2. Der Kriegsminister hat die Aufstellung der Korps in den Jahren 1913 und 1914 abgelehnt aus sachlichen Gründen, unter anderen, weil er eine zu starke Demokratisierung des Offizierskorps durch die Vermehrung des Heeres fürchtete, und er hat sie in Aussicht genommen für das Jahr 1916.
3. Der Kaiser hat ebenfalls die Aufstellung der Korps erst für das Jahr 1916 befohlen.
4. Der Reichstag hat von diesen Verhandlungen nichts erfahren, konnte also eine solche Vorlage gar nicht ablehnen. Der Generalstab war aber überzeugt, daß die Vorlage vom Reichstag bei der damaligen Haltung der Volksvertretung nicht abgelehnt werden würde.
5. Der Verfasser der Denkschriften des Generalstabs, in denen diese Überzeugung von der zustimmenden Haltung des Reichstages zum Ausdruck kommt, war

niemand anders als der damalige Chef der Aufmarsch-
abteilung im Generalstab, Oberst Erich Ludendorff.

Und zwanzig Jahre später stellt derselbe Ludendorff
sich hin und wirft diesem Reichstag Feigheit und Ver-
rat vor, weil er die Forderung des Generalstabes, von
der er nie etwas erfahren hatte, nicht bewilligt habe.
Und Göring spricht von einem „Parlament der Feig-
heit und der Falschheit“ und Hitler von der „ver-
brecherischen Gewissenlosigkeit parlamentarischer
Taugenichtse“.

Mit solchen Fälschungen und Lügen versuchte man
die Erkenntnis über die wahren Ursachen der Nieder-
lage an der Marne zu verhindern. Aber damit nicht
genug: für die große Masse brauchte die national-
sozialistische Propaganda noch eine plumpere Fäl-
schung, eine Erklärung, die auch der Dümme ver-
stand.

Der „Freimaurerverrat des Obersten Hentsch“

„Jede Propaganda“, sagt Hitler, „hat ihr geistiges
Niveau einzustellen nach der Aufnahmefähigkeit des
Beschränktsten unter denen, an die sie sich zu rich-
ten denkt. Damit wird ihre geistige Höhe um so tiefer
zu stellen sein, je größer die zu erfassende Masse der
Menschen sein soll. Dabei kann die Vorsicht bei der
Vermeidung zu hoher geistiger Voraussetzung gar
nicht groß genug sein. Je bescheidener dann ihr
wissenschaftlicher Ballast, um so durchschlagender der
Erfolg.“

So schreibt Hitler über die Propaganda. Zur Erfindung eines weiteren Dolchstoßes in der Marneschlacht, den auch der Einfältigste verstand, mußte man also zu einer Behauptung greifen, der — um das bezeichnende Wort Hitlers noch einmal zu gebrauchen — auch jeder wissenschaftliche Ballast fehlte. Das sah dann in Schlagzeilen — z. B. im „Deutschen Textilarbeiter“ vom 15. 12. 1933 — folgendermaßen aus:

„Volksgenossen! Das Ungeheuerliche ist Tatsache, ein Franzose kommandierte den Rückzug an der Marne! Dieser Franzose Hentsch war Freimaurer! Das Wunder an der Marne war einschurkenhafter Freimaurerverrat!“

Hier ist nun wirklich jeder „wissenschaftliche Ballast“ verschwunden. Das Rezept, nach dem man solche Lügen fabrizierte, hat uns wiederum Hitler selbst auf Seite 252 seines Buches verraten:

„Man ging dabei von dem sehr wichtigen Grundsatz aus, daß in der Größe der Lüge immer ein gewisser Faktor des Geglaubtwerdens liegt, da die breite Masse eines Volkes einer großen Lüge leichter zum Opfer fällt als einer kleinen, da sie selber wohl manchmal im kleinen lügt, jedoch vor zu großen Lügen sich doch zu sehr schämen würde. Eine solche Unwahrheit wird ihr gar nicht in den Kopf kommen, und sie wird an die Möglichkeit einer so ungeheuren Frechheit der infamsten Verdrehung auch bei anderen nicht glauben können, ja selbst bei Aufklärung dar-

über noch lange zweifeln und schwanken und wenigstens irgend eine Ursache doch noch als wahr annehmen; daher denn auch von der frechsten Lüge immer noch etwas übrig und hängen bleiben wird, eine Tatsache, die alle großen Lügenkünstler und Lügenvereine dieser Welt nur zu genau kennen und deshalb auch niederträchtig zur Anwendung bringen."

Wie sie zur Anwendung gebracht wurde, zeigt dieser „Freimaurerverrat des Franzosen Hentsch“. In jenem oben erwähnten Aufsatz, der in dieser oder ähnlicher Fassung durch die gesamte nationalsozialistische Presse ging, wurde u. a. behauptet: dem Anthroposophen Steiner hätten im Großen Hauptquartier in Koblenz alle Türen offen gestanden, er habe dort Ende August vor Offizieren einen Vortrag über Anthroposophie gehalten. Generaloberst von Moltke sei — offenbar durch Steiner — in den Zustand stärkster Benommenheit versetzt und ihm die Ausübung der Kommandogewalt unmöglich gemacht worden.

Der Hauptverräter, Freimaurer - Oberstleutnant Hentsch, habe als „Meldeoffizier“ versagt und eigenmächtige Befehle an die im Kampf stehenden Armeen geleitet. Den Höhepunkt seiner unheilvollen Rolle habe Hentsch erreicht, als er unter Berufung auf seine Vollmacht die Sieger — 1. bis 3. Armee — im Augenblick eines durchschlagenden Erfolges veranlaßt habe, das Schlachtfeld zu räumen.

Ferner wird behauptet, Hentsch sei in Paris als Sohn eines französischen Bankiers geboren und habe erst 1888 die deutsche Reichsangehörigkeit erworben, als sein Vater nach Köln zog. Auch wird in Zweifel gezogen, daß Hentsch im Jahre 1918 in Bukarest eines natürlichen Todes gestorben sei. Es wird weiter behauptet, Hentsch sei Besitzer der Aktienmehrheit der Banque de France gewesen!

Das Reichswehrministerium gab damals auf Grund authentischer Unterlagen und Erhebungen ein Dementi heraus. Darin wurde festgestellt:

1. Generaloberst von Moltke hat Steiner in Koblenz überhaupt nicht gesehen. Daß Steiner im Großen Hauptquartier alle Türen offengestanden hätten, ist unwahr. Niemals hat der behauptete Vortrag im Großen Hauptquartier stattgefunden.

Daß Steiner jemals als „behandelnder Arzt“ des Generalobersten von Moltke aufgetreten sein soll, ist schon deswegen ausgeschlossen, weil Steiner gar nicht Arzt, sondern von Hause aus Literaturhistoriker war.

2. Daß Hentsch eigenmächtige Befehle an die Armee geleitet hätte, ist unwahr. Seine Tätigkeit als Beauftragter der Obersten Heeresleitung am 8. und 9. September 1914 ist bereits 1917 auf Veranlassung des Generals Ludendorff untersucht worden. Im Anschluß an diese Untersuchung hat General Ludendorff dem damaligen Obersten Hentsch in einer dienstlichen Zuschrift bescheinigt, daß „den Ober-

- sten Hentsch ein persönlicher Vorwurf, über seine Befugnisse hinausgegangen zu sein, nicht trifft. Er hat lediglich nach der ihm von dem damaligen Chef des Generalstabes des Feldheeres erteilten Weisung gehandelt". (Seine Einwirkung auf die Entschlüsse der Oberkommandos 1 und 2 erklärt sich aus der einseitigen Auffassung seines Auftrages und seiner pessimistischen Beurteilung der Lage.) Für eine verräterische Absicht Hentschs fehlt es an jedem Anhaltspunkt, geschweige denn Beweis und auch an jeder psychologischen Erklärung.
3. Die Unsinnigkeiten der Behauptungen bezüglich Geburt und Abstammung Hentschs widerlegt am besten der Personalbericht über ihn, aus dem hervorgeht, daß Hentsch am 18. 12. 1869 zu Köln am Rhein als Sohn eines Fortifikationssekretärs Fritz Hentsch geboren wurde und evangelischer Religion war. Hentsch trat am 1. 10. 1888 als Avantageur in das Infanterie-Regiment 103 ein. Er starb am 13. 2. 1918 in Bukarest infolge Magenblutung nach Entfernung der Gallenblase.

Die Familie ist rein deutschen und arischen Ursprungs. Die Behauptung, der Vater sei Pariser Bankier gewesen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Der Vater war 1836 in Ostrau geboren, diente als Dreijährig-Freiwilliger beim Pionier-Bataillon 4 und nahm am Feldzug 1864 mit Auszeichnung teil. Er heiratete am 25. 10. 1866 in Magdeburg Emma Pipo und war dann in Köln bei der Fortifikation. Er

starb als Festungsoberbaurat und char. Rechnungsrat in Gautsch bei Leipzig am 19. 12. 1909.

4. Daß Hentsch der Freimaurerloge angehörte, wird von seinen Angehörigen für ganz ausgeschlossen gehalten.

So wurde es also gemacht. Eine „frechere Lüge“ konnte kaum erfunden werden. Im Jahre 1934 hatte das damalige Reichswehrministerium noch den Mut, ein solches Dementi herauszugeben. Aber was kümmerte sich schon die nationalsozialistische Presse um ein Dementi des Reichswehrministeriums! Sie fälschte und verleumdete ruhig weiter.

Später wurden auch solche Dementis gar nicht mehr herausgegeben. Da konnte die NS-Presse ungehindert solche Fälschungen als amtliche Wahrheit verkünden und verbreiten, und es fanden sich in Deutschland — mangels geschichtlicher Erkenntnis — Millionen von Menschen, die das glaubten, auch sogenannte gebildete Menschen, ja selbst Lehrer und Professoren, die doch aus ihrem wissenschaftlichen Studium hätten wissen sollen, daß die Voraussetzung jeder geschichtlichen Erkenntnis eine gründliche Quellenkritik ist, die aber hier kritiklos alles glaubten, was ihnen vorgesetzt wurde.

Es wäre unter unserer Würde, wollten wir uns heute noch mit solchen Behauptungen auseinandersetzen oder sie gar widerlegen, es hätte das auch nichts mit Wissenschaft zu tun. Es war nur notwendig, an diesen Beispielen einmal zu zeigen, wie der Nationalsozialis-

mus planmäßig die Verbreitung historischer Erkenntnis im deutschen Volke verhinderte, zu welchen Mitteln er dabei griff und wie er die Dolchstoßlegende — denn das ist keine Legende mehr — ganz bewußt als Waffe im innerpolitischen Kampf, als Mittel zur geistigen Vorbereitung des neuen Krieges und zur Irreführung der deutschen Jugend sowie als Rechtfertigung des Führeranspruchs Adolf Hitlers benutzte.

„Wenn die Revolution nicht ausgebrochen wäre“

Es sei noch mit einigen Worten auf jene Version der Dolchstoßlegende eingegangen, mit der früher eine ernstliche Auseinandersetzung wenigstens möglich war, mit jener Version, die da sagte: Wenn die Revolution nicht ausgebrochen wäre, hätte die deutsche Armee noch länger Widerstand leisten können.

Der bayerische Kriegsminister hatte schon 1918 die richtige Erkenntnis, als er an den Rand eines Aktenstückes über diese Frage die Worte schrieb: „Was wäre damit gewonnen, eine Zeitlang durchzuhalten?“

Wenn es vor 1939 vielleicht noch einen Sinn hatte, sich mit jenem Einwand auseinanderzusetzen, heute, nachdem durch den zweiten Weltkrieg doch die Probe aufs Exempel gemacht worden ist, verlohnt auch das nicht mehr.

Der Dolchstoß-Prozeß

„Die Probe aufs Exempel“ — es könnte sein, daß die Geschichte später einmal diesen Krieg als den letzten Teil eines großen Prozesses ansehen wird, jenes Dolchstoß-Prozesses, der schon vor 25 Jahren begann, der 1920/21 in erster Instanz vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Reichstages und 1925 in zweiter Instanz in Form einer Zivilklage vor dem Zivilgerichtshof in München geführt wurde. Beide Instanzen kamen damals auf Grund historischer Erkenntnis und auf Grund der Gutachten der besten militärischen und wissenschaftlichen Fachleute zu dem für die Dolchstoßlegende vernichtenden Urteil, daß Deutschland im ersten Weltkrieg nach heldenmütigstem Kampf der Übermacht der Feinde und der Blockade erlegen und durch keinen Dolchstoß von irgend einer Seite um den angeblich schon errungenen Sieg betrogen worden sei.

In der Berufungsinstanz

Aber die nationalistischen und militaristischen Kreise, die das innerpolitische Leben in Deutschland seit 1918 mit ihren falschen Darstellungen über die Ursachen des Zusammenbruchs vergiftet hatten, nahmen dieses Urteil nicht an. Wie schon Hitler als Knabe — wie er stolz von sich rühmte — die Angewohnheit hatte, immer das letzte Wort zu behalten — eine Pubertätshaltung, mit der er dann später bis fünf Minuten nach 12 Uhr den Kampf fortsetzte —, so lehnten

auch diese Kreise das Urteil ab. Sie legten wiederum Berufung ein, diesmal allerdings nicht vor einem Gericht, sondern vor dem Forum der Geschichte selbst.

So sagte Hitler wörtlich: „Wir wissen, daß der Kampf, der nun entbrennt, ein harter sein wird. Er wird nicht ausgefochten vor dem Leipziger Reichsgericht, und er wird auch nicht ausgefochten werden in einem Berliner Kabinett, er wird ausgekämpft werden durch jene realen Faktoren, die bisher noch immer die Weltgeschichte gemacht haben.“

Die Harzburger Front

Und so verbanden sich alle diese Kreise in der unseligen Harzburger Front unter der gemeinsamen Führung — das darf nie vergessen werden — des deutschen nationalen Führers Hugenberg, des Stahlhelmführers Seldte, des ehemaligen Gefreiten Hitler und des ehemaligen Generals Ludendorff, um — unterstützt von der nach Aufrüstung und Kriegsgewinnen lüsternen Großindustrie, von den auf neue militärische Karriere hoffenden Offizieren der alten und neuen Armee, von dem infolge der sozialen Forderungen der Arbeiterschaft um seinen Profit besorgten Großkapital und von dem mit dem Militarismus eng verbundenen feudalphreussischen Großgrundbesitz — um unterstützt von diesen Mächten zum Sturm auf die Weimarer Republik anzutreten, deren Begründer einst dank besserer geschichtlicher Erkenntnis und größerem politischen Ver-

antwortungsbewußtsein ein sinnloses Weiterkämpfen und die Verwüstung Deutschlands verhindert und die Einheit und die Souveränität Deutschlands erhalten hatten. Dieser Sturm konnte, nachdem alle Putsche gescheitert waren, nur in demokratischer Form mit dem Stimmzettel ausgeführt werden. Und die von der Republik auch ihren Gegnern großzügig gewährte Rede- und Pressefreiheit wurde nun von einer verlogenen Propaganda zu einer Hetze benutzt, bei der vor allem wieder die Dolchstoßlegende dazu dienen mußte, die geschichtliche Erkenntnis, wo sie sich im Volke etwa noch finden sollte, gründlich auszumerzen.

Und es waren nicht zuletzt wieder ehemalige Generale und Offiziere, die sich in den Dienst dieser Propaganda stellten und in Büchern, Aufsätzen und Reden nachzuweisen versuchten, daß das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ geblieben und nur durch „Erzhalunken“, wie der Generalmajor von der Goltz sich ausdrückte, wehrlos gemacht worden sei, dieselben Generale, die schon lange im geheimen an der Wiederaufrüstung arbeiteten, eine schwarze Reichswehr aufbauten und so die Friedenspolitik der Republik sabotierten.

Die Verantwortung der Wähler

Durch diese Propaganda, in Verbindung mit jener falschen militärischen Romantik im Stil der Fridericus-Filme, mit nationalen Phrasen und Schlagworten, mit

Uniformen und Paraden, mit Militärmärschen und Fackelzügen, mit Terror und Attentaten, zuletzt mit dem Verbrechen der Brandstiftung, ließen sich die Millionen der Wähler in ihrer durch die internationale Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit verursachten Verzweiflung von diesen Männern irreführen, die in verantwortungsloser Weise allen alles versprachen. Auf dem Wege zur Wahlurne vergaßen die Wähler, daß für die Wahl zum Parlament, für diese wichtigste staatsbürgerliche Handlung, geschichtliche Erkenntnis und politische Verantwortung die allererste Voraussetzung sind. Und sie wählten Männer in den deutschen Reichstag, die dann durch die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz — nur die sozialdemokratischen Abgeordneten stimmten dagegen, nachdem die Kommunisten vorher ausgeschaltet worden waren — ihre eigene politische Verantwortung abtraten und übertrugen auf Männer, die zwar immer von Verantwortung redeten, aber selbst kein Verantwortungsgefühl besaßen.

Wie die neuen Machthaber wirklich über Verantwortung dachten, erzählt der damals noch nationalsozialistische Senatspräsident von Danzig, Rauschnig, der nach dem Reichstagsbrand nach Berlin kam und dort zu seinem Entsetzen hörte, daß der Reichstag wirklich von Göring, Röhm und ihren Leuten angezündet worden war. Als er Göring fragte: „Wie können Sie das vor Ihrem Gewissen verantworten?“, antwortete Göring: „Gewissen? Mein Gewissen ist Adolf

Hitler. Der hat es befohlen." Und Adolf Hitler hatte demselben Rauschning erklärt, er sei gekommen, um die Menschen von der „demütigenden Chimäre des Gewissens“ zu befreien. Als Rauschning dies gehört hatte, fuhr er nach Danzig zurück. Bald darauf packte er seine Koffer, verließ Deutschland und schrieb im Ausland sein Buch „Die Revolution des Nihilismus“, in dem er dies berichtet.

„Wenn damals . . .“ – Hitlers Wahrheitsbeweis

Und nun, als man die Macht besaß, als man mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie selbst vernichtet hatte, nun war der Weg frei für die Weiterführung jenes Dolchstoß-Prozesses, für die Durchführung dieses Prozesses vor der letzten Instanz, vor der Geschichte selbst. Und die Göttin der Geschichte, um deren Gnade Goebbels fast jede Woche in seinem Leitartikel im „Reich“ bat, sie war Adolf Hitler gnädig. Er, der ausgerufen hatte: „Wenn damals ein gewisser Adolf Hitler, statt deutscher Musketier zu sein, deutscher Reichskanzler gewesen wäre!“ — er war jetzt deutscher Reichskanzler. Ihm wurde jetzt die Gelegenheit gegeben, vor dem Forum der Geschichte den Wahrheitsbeweis zu erbringen für die Richtigkeit seiner Behauptung: „Dann hätten diese kapitalistischen Götzen der internationalen Demokratie nicht gesiegt.“

Die Geschichte gibt Hitler alle Chancen

Die Geschichte war ihm wirklich hold. Sie ließ — wann war in der Weltgeschichte ähnliches schon einmal geschehen? — die politische Situation von 1918 noch einmal wieder erstehen und gab Hitler die Gelegenheit, in einem zweiten Weltkrieg zu beweisen, daß er die Sache wirklich besser machen könne als seine Vorgänger von 1914—18, wie er in seinen Reden immer prahlend verkündet hatte. Sie gab ihm darüber hinaus auch alle Chancen für das Gelingen, indem sie alle diejenigen Faktoren ausschaltete, die im Jahre 1918 nach seinen Angaben den Sieg verhindert hatten.

So waren diesmal nicht „lebende Leichname“, „staatliche Mumien“, „alte, impotent gewordene und dem Untergang bestimmte Staaten“ die Verbündeten Deutschlands, sondern das durch den Faschismus „verjüngte“ Italien und das militärisch mächtige Japan.

Im Innern gab es keine Parteien mehr und keinen Reichstag, die Hitler bei der Vorbereitung dieses Prozesses, d. h. bei der Aufrüstung, hätten in den Arm fallen können.

Es gab keinen schwachen Kaiser und keine schwächlichen Bethmann-Hollwegs, es gab keinen Streit zwischen politischer Leitung und militärischer Führung, zwischen Kanzler und General, sondern „der Staatsmann Adolf Hitler entschloß sich“, wie Goebbels am 21. 12. 1941 verkündete, „im Bewußtsein seiner inneren Berufung und des ihm eigenen Willens zur Verant-

wortung, sein eigener Feldherr zu sein und, seinen Intuitionen folgend, die Leitung der Operationen selbst in die Hand zu nehmen". Und Generaloberst Jodl konnte verkünden: „Bei Hitler ist die wichtige Einheit von politischer und militärischer Führung in einer Weise verkörpert, wie es seit Friedrich dem Großen nicht mehr der Fall gewesen ist.“

Freimaurertum, Judentum, Marxismus, Klerikalismus und wie die Mächte alle hießen, die 1918 die verschiedenen Dolchstöße geführt haben sollten, sie waren verschwunden, sie waren, um das Lieblingswort Hitlers zu gebrauchen, ausgerottet.

Die angeblich weichliche und schwächliche Rechtsprechung, die Hitler verantwortlich gemacht hatte für die Armee von Deserteuren, die die Revolution organisiert habe, wurde ersetzt durch die rücksichtsloseste Anwendung der Todesstrafe, die die Geschichte eines Volkes zu verzeichnen hat, und die dazu führte, daß, während im ganzen ersten Weltkrieg nach der Aussage des Senatspräsidenten Dr. Seber im Dolchstoß-Prozeß 31, nach einer anderen Angabe 197 Personen wegen versuchten Landesverrats abgeurteilt worden waren, im zweiten Weltkriege Tausende und Zehntausende hingerichtet, erschossen und erhängt und Hunderttausende und Millionen vergast und ermordet wurden.

Die Frage der Ernährung war diesmal so vorbereitet worden, daß Hungerperioden oder Kohlrübenwinter nicht eintraten nach der Parole, die Göring verkündet

hatte, als er sagte: „Wenn schon in Europa gehungert wird, in Deutschland auf keinen Fall.“

Alle Streiks in der gesamten Wirtschaft waren schon seit Jahren, seit der Vernichtung der Gewerkschaften, rücksichtslos verboten worden.

An der Spitze des Propagandadienstes standen diesmal nicht „unfähige und verbrecherische Nichtskönner oder Nichtswoller“, sondern ein Mann, der es verstand, Hitlers Forderung für die Propaganda (Mein Kampf, Seite 715) zu erfüllen und „von der Fibel des Kindes angefangen bis zur letzten Zeitung, jedes Theater und jedes Kino, jede Plakatsäule und jede freie Bretterwand“ in den Dienst der „neuen Weltanschauung vom stürmischen Eroberungswillen“ zu stellen und „in das Volk den Geist stolzer Selbstbehauptung, männlichen Trotzes und zornigen Hasses hineinzupflanzen“.

Es waren also wirklich diesmal alle diejenigen Faktoren ausgeschaltet, die nach den Meinungen der verschiedenen Dolchstoß-Theoretiker den Zusammenbruch von 1918 verschuldet haben sollten. Unter so günstigen Voraussetzungen mußte doch der Wahrheitsbeweis gelingen, um so mehr, als Hitler ihn führen konnte mit einer Wehrmacht, wie die deutsche Geschichte sie noch nicht gesehen hatte, mit dem Glauben und der Opferbereitschaft von Millionen junger deutscher Menschen, mit dem Kriegspotential des gesamten europäischen Kontinents und mit dem Fleiß und Schweiß nicht nur aller deutschen, sondern fast aller europäischen Menschen.

Der Wahrheitsbeweis gelingt nicht

Und doch gelang der Wahrheitsbeweis nicht, und zwar gelang er nicht, konnte er nicht gelingen aus einem sehr einfachen Grunde, den wahre geschichtliche Erkenntnis dem sogenannten Führer hätte vorhersagen können. Denn die wirkliche Ursache des Zusammenbruchs von 1918, jene Übermacht der Welt an Menschen und Material, die hatte auch er nicht ausschalten können, wie sehr er sich auch am 30. 1. 1941 gebrüstet hatte: „Wir haben jede Möglichkeit von vornherein einkalkuliert.“

Hitler verliert den Prozeß

So hat Adolf Hitler denn diesen Prozeß verloren. Aber die Geschichte als gerechte Richterin hat auch ihm, wie jedem, der vor den Schranken eines Gerichts steht, ein letztes Wort gestattet. Auf die Frage, was er zu seiner Entschuldigung anzuführen habe, war er ehrlich genug, einzugestehen (am 4. 10. 1941): „Es gibt in der Geschichte keine Entschuldigung für ein Versehen, eine Entschuldigung, die etwa darin besteht, daß man nachträglich erklärt, ich habe das nicht gemerkt, oder ich habe nicht daran geglaubt.“

Und auf die letzte Frage der Geschichte, wie er diese Politik vor seinem Volke verantworten könne, gab er jene Antwort, die das deutsche Volk kommen-

tarlos am Lautsprecher zur Kenntnis nehmen mußte und die noch nach Jahrhunderten deutsche Herzen mit Schauern erfüllen wird: „Und wenn das deutsche Volk an dieser Prüfung zerbricht, weine ich ihm keine Träne nach, denn es hat sein Schicksal nicht anders verdient.“

Die Kosten des Prozesses

Dann trat er von der Weltbühne ab, er, der „Führer“, der in der letzten Sitzung des sogenannten deutschen Reichstages (26. 4. 1942) verkündet hatte: „Meinen Namen und mein Leben will ich bedingungslos verbinden mit dem Schicksal meines deutschen Volkes“, er flüchtete feige in den Selbstmord und ließ dieses deutsche Volk zurück, das nun die Kosten dieses Prozesses bezahlen muß, bezahlen muß mit einem Meer von Blut und Tränen, mit dem Untergang der besten Teile seiner Jugend, mit der Verwüstung seines Landes und der Zertrümmerung seiner Städte, mit der Zerstörung von unzähligen Werkstätten und Fabriken, Häusern und Wohnungen, mit dem Verluste des ältesten und besten Siedlungsgebietes, mit der Vertreibung Millionen deutscher Menschen aus ihrer Heimat, von Haus und Hof, von Hab und Gut, mit dem Verlust seiner politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Einheit, mit dem Verlust seiner Souveränität und seiner Freiheit und, was vielleicht das Schlimmste ist, mit dem Verlust seines anständigen und ehrlichen Namens in der Welt, kurz, mit dem Verluste alles dessen, was

deutschen Menschen das Leben in Deutschland lebenswert machte, alles dessen, was die „Novemberverbrecher“, die Männer der Weimarer Republik, dem deutschen Volke durch die rechtzeitige Einstellung des Kampfes 1918 erhalten hatten.

Eine andere Legende

War dieser Prozeß das Opfer wirklich wert? War dieser Prozeß wirklich nötig? Man möchte heute fragen: Was wäre geworden, wenn die deutschen Menschen und deutschen Parteien nach dem Jahre 1918 mehr geschichtliche Erkenntnis und mehr politische Verantwortung gezeigt hätten, wenn sie, statt zu fragen: Warum sind wir unterlegen? sich lieber die Frage gestellt hätten: Wie war es möglich, daß wir bei dieser Überlegenheit der feindlichen Machtmittel überhaupt so lange und so gut Widerstand leisten konnten? Ob dann nicht auf Grund dieser besseren Erkenntnis — wie sie etwa zum Ausdruck kam in den schlichten Worten des Majors von dem Bussche vor den Parteiführern des Reichstages am 2. 10. 1918: „Unsere deutschen Truppen haben sich vortrefflich geschlagen und Übermenschliches geleistet. Der alte Heldensinn ist nicht verlorengegangen. Offiziere und Mannschaften wetteifern miteinander“ — ob nicht etwa auf Grund einer solchen besseren Erkenntnis eine ganz andere Legende hätte entstehen können, eine schlichte, einfache Heldenlegende, eine Legende, die dann, weil sie auf Wahrheit beruhte, das Volk ge-

eint und bestimmt nicht in einen neuen Krieg und in den Untergang geführt hätte wie jene auf der Lüge von einem Dolchstoß aufgebaute Legende? Ob dann nicht aus einer solchen Legende und aus dem gemeinsamen Erlebnis dieses Krieges ein Nationalbewußtsein hätte erwachsen können, ein Nationalbewußtsein, wie es die Franzosen seit der Legende von der Jungfrau von Orleans besitzen, wie es aber das deutsche Volk bisher noch nicht besessen hat? Ein Nationalbewußtsein, das aber, um die Worte Adolf Kösters zu gebrauchen, „niemals von Dauer sein konnte, wenn es sich aus der Dolchstoßlegende nährte“.

Aber solche Betrachtungen haben nur noch historische Bedeutung, und doch kann und muß uns die bittere Erfahrung, die wir gemacht haben, zu etwas dienen, zu einer besseren historischen Erkenntnis. Wenn auch der Weltkrieg sich wiederholt hat und das Ergebnis beider Kriege das gleiche ist, wir müssen dafür sorgen, daß eine Dolchstoßlegende nicht wieder entstehen kann. Es würde sie wieder geben, wenn das deutsche Volk nicht endlich zu wahrer historischer Erkenntnis und zu wahrem politischen Verantwortungsbewußtsein käme.

Die neue Dolchstoßlegende

Denn wie 1918, so versuchen auch jetzt die für die Niederlage Verantwortlichen und am Zusammenbruch Schuldigen, die eigene Verantwortung abzuschieben, und zwar abermals durch die Erfindung eines Dolch-

stoßes. Kein anderer als Adolf Hitler selbst hat dazu das Stichwort gegeben, in jener Mitternachtsansprache am 20. Juli 1944, als er sagte: „Es hat sich eine ganz kleine Gruppe gefunden, die nun glaubte, wie im Jahre 1918 den Dolchstoß im Rücken führen zu können.“ Und am 13. 11. 1944: „Seit dem Durchbruch der russischen Armeen durch die rumänische Front im November 1942, seit dem sich daran anschließenden völligen Auseinanderfallen der italienischen und ungarischen Verbände mit allen so schweren Folgeerscheinungen, die damit für unsere Kriegsführung eintraten, hat Verrat um Verrat unser Volk getroffen. Trotzdem sind die Hoffnungen unserer Gegner nicht in Erfüllung gegangen. So blieb ihnen nur die eine Hoffnung, den entscheidenden Dolchstoß wie immer dann, wenn sie gegen Deutschland sonst keine Erfolge zu erzielen wußten, im Innern selbst zu führen.“

Wir kennen diese Melodie: Verrat, Verrat und abermals Verrat. Aber sie soll das deutsche Volk nicht ein zweites Mal verführen. Das zu verhindern, ist vor allen Dingen Aufgabe der deutschen Lehrer, und dazu verpflichtet uns nicht zuletzt die Erkenntnis von der Rolle, die die Dolchstoßlegende 1918 bei der ideologischen Vorbereitung des letzten Krieges gespielt hat. Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang die Frage aufzuwerfen: Hat die deutsche Schule in den Jahren nach dem Weltkriege ihre Pflicht erfüllt bei der Erziehung der Jugend zur geschichtlichen Erkenntnis und politischen Verantwortung? Hat insbesondere auch

der Geschichtsunterricht immer der Wahrheit gedient und nicht den nationalistischen Legenden? Trägt nicht auch er vielleicht sein Teil Verantwortung für die mangelnde Kenntnis von den wahren Ursachen des Zusammenbruchs und für die dadurch ermöglichte Irreführung der deutschen Jugend? Es ist hier nicht der Ort, diese Frage zu beantworten; sie möge aber jeden Lehrer, vor allem den Geschichtslehrer, zu ernster Besinnung zwingen über die Versäumnisse der Schule in der Vergangenheit.

Die Erkenntnis der Wahrheit

Was wir aber für die Zukunft tun müssen, das sollte uns die bittere Erfahrung, die wir haben machen müssen, nun wirklich gezeigt haben. *Historia magistra vitae*, sagt Cicero, die Geschichte ist die Lehrmeisterin des Lebens. Wir haben heute die Pflicht, die deutsche Jugend vor jedem Versuch einer neuen Legendenbildung und falschen Romantik zu schützen und ihr die ganze brutale Wahrheit zu sagen, die Wahrheit, die sie nach diesem Kriege nun auch selbst — im Gegensatz zur Generation von 1920/1930 — an den Trümmern unserer Städte und an den Truppen der Besatzungsarmee täglich vor Augen hat, die Wahrheit, daß Deutschland besiegt ist, daß noch niemals in der Geschichte eine Armee so vernichtend geschlagen worden ist wie die nationalsozialistische Wehrmacht, geschlagen — nicht durch Dolchstoß und Verrat von Bundesgenossen und Generalen, sondern geschlagen

durch die physische, materielle und technische Überlegenheit der ganzen Welt, geschlagen auch durch die öffentliche Meinung der ganzen Menschheit, die nicht dulden wollte, daß eine Regierung auf dieser Erde jedes Sittengesetz mit Füßen trat und jedes anständige Menschentum, jede Freiheit und jede Wahrheit unterdrückte, geschlagen nicht zuletzt durch die größenwahnsinnige Politik einer völlig unfähigen Führung, der es fehlte an jeder geschichtlichen Erkenntnis und an jedem politischen Verantwortungsgefühl.

Unserer Jugend zu dieser geschichtlichen Erkenntnis zu verhelfen, das ist die eine Aufgabe.

Die Erziehung zur Verantwortung

Und die andere, nicht minder wichtige Aufgabe ist die Erziehung zur Verantwortlichkeit. Gerade an dem Ausgang des ersten Weltkrieges muß der Jugend gezeigt werden, was verantwortungsbewußtes Handeln, und an der Geschichte des zweiten Weltkrieges, was verantwortungsloses Handeln ist. Die Waffenstillstandsforderung der Obersten Heeresleitung, die anfängliche Weigerung des Prinzen Max von Baden, diese Forderung zu erfüllen, dann aber die Übernahme der vollen Verantwortung für diesen Schritt, der Abschluß des Waffenstillstandes, nicht zuletzt auch der Beschluß der Nationalversammlung in Weimar, den Friedensvertrag von Versailles anzunehmen und zu unterschreiben, jenes — wie sagte die Propaganda? — „schlimmste Schanddiktat aller Zeiten“, das die Einheit

und Souveränität Deutschlands rettete, das jede weitere Besetzung deutschen Bodens verhinderte, das keine Stadt, kein Haus und keine Fabrik zerstört sah, das nicht Millionen von Flüchtlingen heimatlos auf den Straßen umherirren und sterben ließ und das der republikanischen Regierung ermöglichte, durch eine ehrliche Politik Deutschland in wenigen Jahren wieder in den Kreis der Nationen zurückzuführen, durch jene Politik, durch die sie erreichte, daß die Besatzungstruppen das Rheinland fünf Jahre vor dem vorgesehenen Termin räumten, daß die Gegner auf die Zahlung der Reparationen verzichteten, daß deutsche Schiffe wieder über die Ozeane fuhren, daß deutsche Wissenschaftler und Künstler, Ingenieure, Kaufleute und Staatsmänner gleichberechtigt und gleichgeachtet mit den Vertretern der anderen Nationen am Wohle der Menschheit arbeiten konnten — das alles war verantwortliches politisches Handeln auf Grund historischer Erkenntnis.

Wenn die deutsche Jugend das erkennt und dann erfährt, wie diese verantwortungsbewußte Friedenspolitik der Republik immer wieder gestört wurde von den nationalistischen Kreisen, die mit ihrer Parole „Volk ohne Raum“ an Eroberungen und neue Kriege dachten, von den militaristischen Kreisen, die unter Führung der 1918 geschlagenen Generale insgeheim an der Aufrüstung für einen neuen Krieg arbeiteten, von der Rüstungsindustrie, die an dieser Aufrüstung verdienen wollte, wenn die Jugend erkennt, wie die Dolchstoßlegende dazu dienen mußte, das deutsche

Volk für diese Kriegspolitik zu gewinnen, und wenn sie nun mit eigenen Augen sieht, wie alle jene in so kurzer Zeit erzielten Ergebnisse verantwortungsbewußten Handelns in wenigen Jahren zunichte gemacht wurden und wie Deutschland in Trümmer gelegt wurde durch die verantwortungslose, gewissenlose und verbrecherische Kriegspolitik des Nationalsozialismus, dann erhält sie den bestmöglichen Anschauungsunterricht über das, was politische Verantwortung ist.

Aber das allein genügt nicht. Sie muß darüber hinaus in der Schule selbst schon zur Verantwortung erzogen werden. Wie sie im Geschichtsunterricht zu wahrer geschichtlicher Erkenntnis, so muß sie im täglichen Leben der Klassengemeinschaft und Schulgemeinschaft — anfangend von den kleinsten Dingen — zu verantwortungsbewußtem und verantwortungsfreudigem Handeln erzogen werden.

Nur wenn das geschieht, nur wenn geschichtliche Erkenntnis und politisches Verantwortungsbewußtsein zum selbstverständlichen Teil seiner politischen Bildung wird, wird der deutsche Mensch in Zukunft davor gefeit sein, sich noch einmal von einem „Berufenen“ zu Tode regieren und in das Verderben führen zu lassen, nur dann wird die deutsche Jugend davor bewahrt bleiben, noch einmal auf den Schlachtfeldern Europas das Opfer der verantwortungslosen Politik eines großenwahnsinnigen Narren zu werden.



